

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Wittinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Fälle ist Berlin.

Berlin, den 16. März 1931

Zerstörte Hoffnungen.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Die Tollwutanfälle, die die bisherige Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der ersten Panzerkreuzerrate bei den rechtsradikalen Zeitungsschreibern verursacht hat, sind ein schlagender Beweis dafür, dass für die Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit eine andere Stellungnahme überhaupt nicht in Frage kommen kann.

Jetzt ist es klar, dass die Rechnung der Hugenberg und Goebbels, als sie den Dauerboykott des Reichstages beschlossen, einzig und allein dahin ging, dass das Parlament über kurz oder lang arbeitsunfähig werden würde und dass die große Krise, nicht nur des Kabinetts, sondern auch des republikanischen Staates, automatisch folgen müsste. Spätestens beim Wehretat - so hofften sie - vor allem wegen der ersten Rate für den Panzerkreuzer B würde der unüberbrückbare Konflikt zwischen der Regierungskoalition und der Sozialdemokratie ausbrechen. Die Hugenberg-Blätter waren so unvorsichtig, schon bald nach dem Exodus der Rechtsradikalen diese Hoffnung anzudeuten. Ihr Gekreische ist nur ein Beweis mehr, dass die ganze Rechnung restlos durchkreuzt ist.

Ihre Rechnung war von einer erstaunlichen Naivität. Sie setzte nämlich bei der Sozialdemokratie ein gleiches Mass von politischer Unerfahrenheit voraus wie bei denen, die diesen überschlaun Plan durchdacht hatten, und ein gleiches Mass von Verantwortungslosigkeit wie bei den Kommunisten. Und nun, wo auch diese Hoffnung noch zertrümmert ist, schimpfen die Patentnationalen wie die Fischweiber auf die Sozialdemokratie. Etwa weil sie als Partei der "internationalen Marxisten" wieder einmal das "Vaterland verraten" und die "Mittel zur Landesverteidigung verweigert" hat? Nein, umgekehrt, weil sie die Panzerkreuzerrate nicht schon im Ausschuss zusammen mit den Kommunisten verhindert, sondern durch Stimmenthaltung ihre Annahme toleriert hat!

In der Ueberzeugung, dass der Panzerkreuzer überflüssig ist und die zehn Millionen für die erste Rate in der jetzigen Zeit für tausend andere kulturelle und produktive Zwecke weit besser angelegt werden könnten, ist sich die deutsche Sozialdemokratie völlig einig. Ebenso einig ist sie sich darin, dass der Wehretat erhebliche Einschränkungen vertragen könnte. Das ist eine Ueberzeugung die keineswegs irgendeiner "Wehrfeindlichkeit" entspricht und noch viel weniger einem Mangel an "nationaler Gesinnung". Sie stützt sich auf nüchterne militärische, technische und allgemein-politische Erwägungen. Hätte die Sozialdemokratie allein, oder auch nur massgebend, zu entscheiden, so würde der neue Panzerkreuzer nicht gebaut werden. Es gibt auch im bürgerlichen Lager weite Kreise, die von der Notwendigkeit von Panzerkreuzern nicht im geringsten überzeugt sind. Aber man wagt nicht zu widersprechen, weil Groener mit seinem Rücktritt droht und weil sich Brüning mit Groener solidarisch erklärt hat. Das sind Umstände, die im höchsten Grade unerfreulich, ja bedenklich sind. Aber wir haben diese Situation nicht geschaffen. Sie ergibt sich aus dem Dasein des gegenwärtigen Reichstags, für den wiederum nicht die Sozialdemokratie sondern die Wählerschaft verantwortlich ist.

Am allerwenigsten haben die Kommunisten das Recht, auch nur ein Wort über die gegenwärtig auch in der Politik zu verzeichnende und auf die Existenz des Reichstags vom 14. September zurückzuführende Uebermacht der militärischen Faktoren zu verlieren. Ihre 4,5 Millionen Stimmen und 77 Mandate sind praktisch nur dem Bürgertum zugute gekommen. Sie tragen die Verantwortung für das, was geschieht und von der Sozialdemokratie nicht verhindert werden kann. Gäbe es eine einige Arbeiterschaft mit 220 Mandaten und 13 Millionen sozialdemokratischen Wählerstimmen, dann hätten wir weder eine faschistische Gefahr, noch die überflüssige Kriegsschiffsbescherung. Aber wir wissen, dass die Staatskrise, mit der gedroht wird, akute Putschgefahr, Inflation, aussenpolitische Katastrophen bedeutet, bei denen nicht nur der demokratische Volksstaat und die Arbeiterrechte, sondern auch Milliarden an Volksvermögen zum Teufel gehen würden. Daneben wiegt die 10-Millionenrate für den Kreuzer federleicht.

Das muss jeder sozialdemokratische Arbeiter begreifen. Wer es bisher trotz dem nicht eingesehen hat, dem müssen die Tobsuchtsanfälle der Goebbels und Konsorten gegen die Haltung der Sozialdemokratie bei einiger Ueberlegung die Augen öffnen.

SPD. Sofia, 16. März (Eig. Drahtb.)

In Südbulgarien kam es am Sonntag zwischen den Dörfern Lubinetz und Siworeka zu einem regelrechten Gefecht. 2 Personen wurden getötet, fünf schwer und zahlreiche leicht verletzt.

Die Ursache des blutigen Kampfes war ein Streit zwischen den beiden Dörfern um ein Stück Wald. Als die Bauern von Lubinetz dem Streit durch Waffengewalt ein Ende machen wollten, bewaffneten sich die Bauern von Siworeka ebenfalls und besetzten am Sonntag in den ersten Morgenstunden das umstrittene Gelände. Es entbrannte ein heftiger Kampf, der den ganzen Tag über dauerte. Auf beiden Seiten wurden grosse Schützengräben ausgehoben. Erst gegen Abend konnte dem Kampf durch das Eingreifen der Polizei ein Ende gemacht werden. Die Urheber der blutigen Auseinandersetzung wurden verhaftet.

SPD. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, hat in der letzten Zeit allsonntäglich mit derselben Regelmässigkeit, die früher Herrn Poincaré auszeichnete, eine politische Rede vom Stapel gelassen. Man würde die Bedeutung dieser Verlautbarungen überschätzen, wenn man in jedem einzelnen Fall zu ihnen Stellung nehmen wollte, und wenn Herr Dingeldey ein kluger Mann ist, wird er es selber wohl etwas peinlich empfinden, dass die volksparteiliche Presse die in der Regel vor einem recht kleinen Kreise gehaltenen Ansprachen wie wichtige Staatsaktionen behandelt.

Aber auf einen oder auf zwei Punkte der Ausführungen, die der volksparteiliche Führer am letzten Sonntag gelegentlich einer Landesvertreterversammlung in München gemacht hat, lohnt es sich doch, kurz einzugehen. Die Politik des Kabinetts Brüning wird dort dahin charakterisiert, dass das, was die Regierung - wenn auch nicht schnell und nicht durchgreifend genug - getan habe, immerhin in der Richtung der Abkehr von dem System des staatssozialistisch durchlöcherten dilettantisch geführten Wohlfahrtsstaats liege. Solange die Sozialdemokratie diese Politik der Abkehr mitschlucke und mittrage, aus Furcht, ihre Machtstellung in Preussen zu verlieren, solange müsse man sich ihrer als Stütze bedienen.

Hier liegt eine Entstellung der Tatsachen vor, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Zunächst ist es unklar, worin Herr Dingeldey die Abkehr vom Staatssozialismus sieht. Wenn er aber verächtlich von dem dilettantisch geführten Wohlfahrtsstaat spricht, so muss die Frage an ihn gerichtet werden, ob denn nicht auch die zahlreichen Massnahmen, die auf dem Gebiete der Zoll- und Sub-

ventionspolitik zugunsten der Industrie und der Landwirtschaft liegen, und denen die Deutsche Volkspartei ihre Zustimmung gegeben hat und noch fortgesetzt gibt; "wohlfahrtsstaatlichen" Charakter tragen. Dr. Dingeldey wird wohl nicht behaupten wollen, dass Gesetze dieser Art mit einer liberal-individualistischen Wirtschafts- und Staatsauffassung in Einklang stehen, und so würde er sich wesentlich deutlicher ausgesprochen haben, wenn er, was ja auch wohl seinem Grundempfinden entspräche, nur die Sozialpolitik und die Beteiligung der sogenannten öffentlichen Hand an der Wirtschaftsgestaltung als verabscheuenswürdig und abbauwürdig bezeichnet hätte. Aber einmal ist so viel Eindeutigkeit bei den Freunden Dingeldeys nicht beliebt, und zum andern ist die Volkspartei weit davon entfernt um eines Prinzips willen die hinter ihr stehenden Interessenten zu schädigen.

Sodann die Motive, die der Sozialdemokratie für ihre Haltung untergeschoben werden. Die Sozialdemokratie leugnet nicht, dass ihr sehr viel daran gelegen ist, den Bestand des gegenwärtigen Systems in Preussen zu sichern, und es ist ihr durchaus bekannt, dass sie damit den Wünschen der Volkspartei im Wege ist. Indessen weiss Herr Dingeldey sehr genau, dass es ihr nicht nur um Preussen, sondern auch um das Reich geht. Sie will den mittelbaren oder unmittelbaren Einfluss des Faschismus auf die Reichsregierung und auf Preussen ausschalten. Sie bringt, um diesem Zweck zu dienen, nicht unbedeutende Opfer. Dabei spielt der Gedanke an die Erhaltung ihrer eigenen Machtstellung, die ja, soweit das Reich in Frage kommt, zur Zeit sehr gering ist, eine sehr untergeordnete Rolle. Die Sozialdemokratie denkt sicher an die Zukunft der Arbeiterbewegung, aber sie denkt auch an die Zukunft des Staates, und die ehrlichen Gegner des Sozialismus sollten dafür einige Anerkennung oder zum mindesten einiges Verständnis übrig haben, wenn anders ihre Gegnerschaft nicht dem Bedauern entspringt, dass die Politik der Sozialdemokratie ihr Zusammengehen mit den Hitlerleuten und die Ausnutzung einer solchen Gemeinschaftsarbeit zum Zweck einer Unterdrückung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen erschwert.

Es wäre sehr wünschenswert, dass Herr Dingeldey sich bei seiner nächsten Sonntagsrede über die oben erwähnten Punkte etwas klarer ausspreche. Aber wir fürchten, dass dieser Wunsch unerfüllt bleibt.

-----

SPD. Paris, 16. März (Eig. Drahtb.)

Die 12. Pariser Strafkammer hat Oustric und den Direktor der Oustric-Bank, Paradis, sie sich wegen Verweigerung der Zeugenaussage vor dem Oustric-Ausschuss der Kammer zu verantworten haben, mit der Begründung freigesprochen, dass sie vor ihrer Berufung vor die Untersuchungskommission bereits wegen Betrugs unter Anklage gestellt waren und sie daher durch eine unter Eid abgegebene Aussage vor der Kommission sich selbst der ihnen als Angeklagte zustehenden Rechte beraubt hätten. Nachdem sich auch der Senat geweigert hat, die parlamentarische Immunität des wegen des gleichen Vergehens angeklagten Senators Péret aufzuheben, erscheint es fraglich, ob der Untersuchungsausschuss überhaupt noch seine Arbeiten mit Aussicht auf ein praktisches Ergebnis fortsetzen kann.

Am Montag hat sich der Direktor der von der Oustricbank begründeten Holding-Gesellschaft Holfra zunächst ebenfalls geweigert, vor der Untersuchungskommission auszusagen. Holfra erklärte, er sei in dem Prozess gegen eine andere von Oustric kontrollierte Gesellschaft unter Anklage gestellt und würde daher durch die Aussage vor der Untersuchungskommission seine eigenen Interessen schädigen. Erst als der Vorsitzende der Kommission dem Zeugen erklärte, dass er nicht über die Angelegenheit dieser zweiten Gesellschaft befragt werden würde, sagte der Zeuge zu, am Dienstag vor der Kommission zu erscheinen.

-----

SPD. Hamburg, 16.März (Eig.Drahtb.)

Der Hamburger Senat hat am Montag auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Erscheinen und die Verbreitung des "Hamburger Tageblatt", des "Blatt der Niedersachsen", der "Hamburger Volkszeitung", der "Norddeutschen Zeitung" - ausschliesslich Blätter der Nazis und Kommunisten - sowie aller Ersatzblätter mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten werden. Gleichfalls werden bis auf weiteres Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Kommunistische Partei Deutschlands, sowie der Hilfs- und Unterorganisationen und Gruppen dieser Parteien unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen verboten. Um- und Aufzüge, sowie Versammlungen jeder Art unter freiem Himmel sind nach der Verordnung nur mit polizeilicher Genehmigung zulässig.

Zu widerhandlungen gegen die Verordnung werden mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

SPD. Kassel, 16.März (Eig.Drahtb.)

Das hiesige erweiterte Schöffengericht sprach am Montag-Abend von den 93 Angeklagten des Kasseler Landfriedensbruchprozesses 82 frei. Von den übrigen 11 wurden 4 verurteilt wegen schweren Landfriedensbruchs zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 6 Monaten, 3 wegen einfachen Landfriedensbruchs zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten, 2 wegen einfachen Hausfriedensbruchs zu je 2 Monaten, einer zu 1 Monat und ein jugendlicher Angeklagter zu 2 Wochen Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist von 3 Jahren. Die Angeklagten nahmen das Urteil ruhig auf. Unter den Freigesprochenen befindet sich auch der der Rädelsführerschaft beschuldigte politische Leiter des Kampfbundes.

Der Staatsanwalt hatte in seinen Strafanträgen für den Rädelführer sowie 2 Angeklagte je 6 Monate Gefängnis beantragt und für alle übrigen wegen einfachen Landfriedensbruchs 3 Monate Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende des Gerichts aus, dass nicht festgestellt worden sei, dass die Kommunisten mit der Absicht zu Gewalttätigkeiten nach Grebenstein gefahren seien. Das Gericht sei ferner zu der Ueberzeugung gekommen, dass die Verfehlungen den Angeklagten keineswegs allein zur Last gelegt werden könnten. Auf der Gegenseite, d.h. bei den Nationalsozialisten, seien ebenfalls schwere Ausschreitungen festgestellt worden.

SPD. Braunschweig, 16.März (Eig.Drahtb.)

Die Kommunistische Partei hat dem Staatsministerium einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des braunschweigischen Landtags zugehen lassen. Das Volksbegehren soll lauten: "Der Braunschweigische Landtag ist unverzüglich aufzulösen".

Das Volksbegehren der KPD ist, solange es von dieser Partei allein vertreten wird, völlig aussichtslos. Welche Stellungnahme die Sozialdemokratische Partei dazu einnimmt, ist noch nicht entschieden.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat gegen den Landjägmajor Kummer von der Regierung in Köslin das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet, weil der dringende Verdacht bestand, dass er sich im Sinne der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und deren Ziele werbend betätigt hat. Landjägmajor Kummer wurde sofort vom Amte suspendiert. Die angeordnete Untersuchung ergab stark belastendes Material.

Kummer hat sich zur nationalsozialistischen Bewegung bekannt und hat zugegeben, Propaganda für die nationalsozialistische Arbeiterpartei getrieben zu haben.

SPD. Die drei Hakenkreuzmörder von Hamburg sind verhaftet. Es sind der 22 Jahre alte frühere Polizeibeamte Jansen, der 26 Jahre alte Handlungsgehilfe Bammel und der aus München gebürtige Hans Hoeckmeyer. Ihre Bluttat bildet den Höhepunkt der zahlreichen blutigen Zusammenstöße, die sich in den letzten Tagen und Wochen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zugetragen haben. Die Angreifer dabei waren bald die Nationalsozialisten, bald die Kommunisten. Der organisierte kleine Bürgerkrieg, den beide Parteien miteinander führen, hat geradezu mazedonische Zustände hervorgerufen.

Die Organisation des mörderischen Bandenüberfalls auf das kommunistische Bürgerschaftsmitglied entspricht ebenso den Gebräuchen der mazedonischen Terroristen wie das brutale und unmenschliche Hineinfeuern der Täter in einen stark besetzten Autobus. Dem Mord folgt nach mazedonischem Brauch die Blutrache auf dem Fusse - in Altona wurden am Sonntag zwei Nationalsozialisten von Kommunisten angeschossen.

Die intellektuelle Verantwortung für den Bandenmord trägt die Nationalsozialistische Partei. Ihre Hamburger Gauleitung macht den Versuch, sich herauszulügen. Sie veröffentlicht eine Erklärung, in der sie selbst zugesteht, dass die Täter Nationalsozialisten waren, und in der sie weiterhin die Tat selbst beurteilen. Diese verlogene Erklärung nach der Tat wird niemand beeindrucken. Sie ist der Furcht vor der Welle der Empörung entsprungen, die sich über die nationalsozialistische Bluttat erhoben hat. An der Spitze der Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei in Hamburg steht jener saubere Kaufmann, dem erst unlängst öffentlich schwere Urkundenfälschung vorgeworfen worden ist. Das sind nicht die Leute, denen man Glauben schenken kann, dass sie mit dem Mordgesindel nichts zu tun hätten!

Die Verantwortung fällt auf jene nationalsozialistischen Hetzredner, die ihren Anhängern geradezu die Pistole in die Hand drücken. Viel zu lange ist das Treiben der Hitler, Goebbels und Konsorten geduldet worden, die in jedem zweiten Satz ihre politischen Gegner mit dem Tode bedrohen. Die Folgen dieser verbrecherischen Agitation treten nun ein.

Der Hamburger Senat hat sich entschlossen, dem kleinen Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat mit Hilfe des Artikels 48 sowohl die nationalsozialistische wie die kommunistische Presse in Hamburg verboten und jede Versammlungstätigkeit der Nationalsozialisten wie der Kommunisten untersagt. Es wird darüber hinaus nötig sein, dass im ganzen Reich Vorkehrungen getroffen werden, damit die offen zum Mord aufreizenden Agitation der Nationalsozialisten ein Ende gemacht wird.

-----

SPD. Genf, 16. März (Eig. Drahtb.)

Am Montag begann hier der zweite Tagungsabschnitt der zweiten Wirtschaftskonferenz. Als Ergebnis der Beratungen des ersten Tages lässt sich ebenfalls noch keine Möglichkeit erblicken, die Genfer Wirtschaftskonvention vom 24. März 1930 in Kraft zu setzen. Die Frist dazu läuft am 1. April endgültig ab.

Die Ratifikationen der Konvention sind inzwischen auf 12 gestiegen. Alle 12 Staaten, die ratifiziert haben, erklären jetzt aber eine vorbehaltlose Inkraftsetzung für unmöglich. Dennoch schlug der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Posse, vor, in diesem Tagungsabschnitt endgültig die Inkraftsetzung zu versuchen, sofern Frankreichs Senat noch vor dem 1. April ratifiziere. Vor dieser Alternative wich der französische Vertreter Elbel jedoch zurück, indem er sich hinter die Freiheit seines Parlaments verschanzte. Präsident Colijn machte den Vorschlag, die Inkraftsetzung durch die 12 Staaten erfolgen zu lassen, die bereits ratifiziert haben und zwar mit der Massgabe, dass ihre wichtigsten Nachbarn sich der Konvention zu einem bestimmten Termin ebenfalls angeschlossen haben müssen. Endlich empfahl England, ein Protokoll zu unterzeichnen, das das Inkrafttreten auch nach dem 1. April gestatten

würde. Dagegen erhoben sich sofort juristische Bedenken, da man für diese Änderung der schon ratifizierten Konvention die Zustimmung der einzelnen Parlamente brauche. Man müsse dann schon eine ganz neue Konvention ausarbeiten.

So scheint nach der ersten Tagung wiederum kaum etwas Positives für die gemeinsame Wirtschaftsaktion herauszukommen.

-----  
SPD. Halle, 16. März (Eig. Drahtb.)

In Halle, wo der Naziterror infolge der Lauheit des Polizeipräsidenten besonders stark in Erscheinung tritt, ist eine neue viehische Bluttat verübt worden. Ein Trupp Arbeitersportler der Arbeitsschutz-Sportabteilung wurde von einer in dreifacher Ueberzahl befindlichen Nazihorde aus dem Hinterhalt überfallen. Ein Jugendsportler vom Regatta-Klub Halle wurde durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Sein Zustand hat sich im Laufe des Montag derart verschlimmert, dass mit seinem Ableben zu rechnen ist.

-----  
SPD. Hannover, 16. März (Eig. Drahtb.)

Der Kreisführer der Nationalsozialisten vom Kreise Einbeck in Südhannover wurde vom Göttinger Schöffengericht wegen Erpressung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die Nazigrösse hatte in einem Brief an eine Beamtenvereinigung, die sein überschuldetes Grundstück versteigern lassen wollte, um ihre Hypotheken zu retten, Drohungen ausgestossen, dass er seine Parteifreunde aufbieten werde, falls man es wagen sollte, sein Heim zu versteigern, über dem das Hakenkreuz flattere. Er hatte auch davon gefaselt, dass die NSDAP in fünf Monaten an der Macht sei, und dass es dann überhaupt keine Zwangsversteigerungen mehr gebe.

Inzwischen sind die fünf Monate verstrichen, ohnd dass das "Dritte Reich" Wirklichkeit geworden wäre. Stattdessen ist die Versteigerung erfolgt und die Sparkasse der Stadt Einbeck Eigentümerin des Grundstücks des Nazi-Führers geworden.

-----  
SPD. London, 16. März (Eig. Drahtb.)

Die Bergarbeiterkonferenz von Südwales beschloss am Montag, die Frage eines Streikes einstweilen zurückzustellen. Vorerst soll versucht werden, einen Lohnabbau auf dem Wege von Verhandlungen zu verhindern.

-----  
SPD. Halle, 16. März (Eig. Drahtb.)

Am Montag kam es im Stadtparlament von Halle infolge der parteiischen Geschäftsführung des deutschnationalen Vorsitzenden zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und Rechten. Die Sozialdemokraten verliessen schliesslich den Sitzungssaal.

Als ein Etatsredner der Kommunisten sich in wüstesten Schimpfworten gegen Severing, Hörsing und andere Funktionäre der preussischen Regierung erging, rügte der deutschnationale Vorsteher diese Ausfälle erst auf sozialdemokratische Veranlassung und auch dann nur widerwillig. Als dann aber der kommunistische Redner einige Bemerkungen gegenüber den Nationalsozialisten, wie Horde und Meute machte, wurde er sofort zur Ordnung gerufen. Schliesslich erfolgten mehrere Ausschlüsse von Kommunisten.

Die sozialdemokratische Fraktion protestierte gegen das parteiische Vorgehen und verliess dann den Sitzungssaal.

-----

SPD. London, 16. März (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus setzte am Montag die Beratung der Wahlreform fort. Mit 178 gegen 168 Stimmen wurde die Aufhebung der Mandate der Universitäten beschlossen. Die Universitäten konnten bisher besondere parlamentarische Vertreter in das Unterhaus wählen.

SPD. Düsseldorf, 16. März (Eig. Drahtb.)

Die am Montag in Düsseldorf neu aufgenommenen Tarifverhandlungen für Nordwest verliefen wieder ergebnislos. Die Verhandlungen bezogen sich weniger auf den Inhalt des Rahmentarifs oder das Schicksal des Lohnabkommens, sondern auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie. Die Arbeitgeber fordern nach wie vor Lohnabbau, die Gewerkschaften drängen auf Arbeitszeitverkürzung, Einschränkung der Verwaltungskosten und Belebung des Baumarkts. Die Verhandlungen werden am 24. März fortgesetzt.

Vom Russengeschäft erwartet Nordwest allem Anschein nach keine entscheidende Belebung des Arbeitsmarktes.

SPD. London, 16. März (Eig. Drahtb.)

Der Untersuchungsausschuss für die Ursachen der Katastrophe des englischen Luftschiffs R 101 hat nach 5½ Monaten seine Arbeit beendet. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass niemanden eine persönliche Schuld am Untergang von "R 101" beizumessen ist. An einem modellmässig rekonstruierten Luftschiff sind auch Konstruktionsfehler nicht festgestellt worden. Als unmittelbare Ursache der Katastrophe werden das Entweichen von Gas und der ungewöhnliche Sturm über dem Kanal angegeben.

SPD. Hamburg, 16. März (Eig. Drahtb.)

Die Polizei hat ihre Ermittlungen gegen den Polizeiwachtmeister Pohl, der den Regierungsrat Lassally niederschoss, abgeschlossen und die Akten der Staatsanwaltschaft übermittelt. Das Verfahren gegen Pohl soll schnellstens durchgeführt werden.

Eine Verbindung zwischen Pohl und dem eigentlichen Mörder des Hamburger Kommunisten Henning, dem früheren Polizeiwachtmeister Jansen, hat bisher nicht festgestellt werden können.

SPD. Hannover, 16. März (Eig. Drahtb.)

Die Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz, der Erzbischof von Paderborn und die Bischöfe von Fulda und Hildesheim haben eine lange Kundgebung gegen den Nationalsozialismus erlassen.

In der Kundgebung heisst es zum Schluss: Mögen auch viele Katholiken durch die Unzufriedenheit der heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich zum Anschluss an die NSDAP haben bestimmen und durch verlockend klingende Redewendungen von Wahlrednern haben täuschen lassen, so hegen wir doch das Vertrauen, dass sie in ernster Erwägung unserer Bedenken und angeführten Tatsachen die pflichtmässige Warnung ihrer Oberhirten, die einzig aus religiösen Gründen erfolgt und sich mit den Warnungen der übrigen Bischöfe Deutschlands deckt, zur Richtschnur ihres ferneren Verhaltens nehmen. Da jeder, der einer Partei beitrifft, das ganze Programm der Partei und die Arbeit in ihrem Geist unterstützt, so ist für katholische Christen die Zugehörigkeit zur NSDAP unerlaubt, solange und soweit sie kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind.

SPD. London, 16.März (Eig.Drahtb.)

Anstelle des verstorbenen Lord Russell ist der Arbeiterabgeordnete Snell zum parlamentarischen Unterstaatssekretär für Indien und zum Sprecher der Regierung im Oberhaus ernannt worden. Snell, ein früherer Landarbeiter, erhält gleichzeitig den Titel eines Lords.

Als Nachfolger für den verstorbenen stellvertretenden Ministerpräsidenten Martshorn wird in parlamentarischen Kreisen Herbert Morrison, Minister für das Transportwesen, genannt.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Berliner Posthelfer Georg Kuntze wurde am Montag dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt unter der Beschuldigung, am 11.März in der Hauptstrasse in Schöneberg den Lehrling Ernst Nathan angeschossen zu haben. Der Vernehmungsrichter hat gegen Kuntze Haftbefehl wegen des Verdachtes der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang erlassen.

Nathan ist seinen Verletzungen inzwischen erlegen.

-----

SPD. Paris, 16.März (Eig.Drahtb.)

-Das Pariser Handelsgericht hat am Montag ein spanisches Petroleumsyndikat zur Zahlung eines vorläufigen Schadenersatzes von 40 Millionen Franken an die französische Petroleumgesellschaft Porto Pi und die Bank Arnus verurteilt, weil das spanische Syndikat einen Vertrag über Ankauf von Petroleum plötzlich gekündigt hatte. Die spanische Gesellschaft machte für die Kündigung des Vertrages geltend, dass seit der Errichtung des staatlichen Petroleummonopols in Spanien jeder freie Handel mit flüssigem Brennstoff verboten worden sei. Die endgültige Schadenersatzsumme wird durch Sachverständige festgestellt werden.

-----

Anm.f.d.Red.: Wir berichten im Rahmen des Notwendigen sowohl über den Tetzner- als auch über den Saffran-Prozess.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 16. März (Eig. Drahtb.)

Der Reichstag stand am Montag stark unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Mordtaten gegen Sozialdemokraten und Kommunisten in Hamburg. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte noch vor Beginn der Sitzung einen Antrag ein der von der Regierung einen Gesetzentwurf zur wirksameren Bekämpfung von Aufforderungen zu politischem Mord und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und Munition verlangt. Die Kommunisten benutzten auch diese Gelegenheit zu wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie, die diesen Mördern Unterstützung gewähre. Sie beantragten die sofortige Aufhebung des Rotfrontkämpfer-Bundes und sämtlicher Demonstrationsverbote. Beide Anträge wurden an den Schluss der Tagesordnung gesetzt.

Anschliessend wurde der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums weiter beraten. Der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, der volkserhaltende Abgeordnete Lambach meinte, man solle am Versicherungsprinzip bei der Arbeitslosenversicherung festhalten. Um die Arbeitslosen aber moralisch zu fördern, schlug Lambach in etwas verschwommenen Ausführungen einen "freiwilligen Arbeitsdienst" vor. Im weiteren Verlauf seiner Rede forderte er, dass das Arbeitsministerium in Zukunft beim Abschluss von Handelsverträgen gehört werde, da fremde Länder in wachsender Masse den Arbeitsmarkt für deutsche Arbeiter und Angestellte sperren.

Eine durch ihre grosse Sachlichkeit und durch die knappe und schlagende Formulierung besonders wirkungsvolle Rede hielt der Nürnberger sozialdemokratische Abgeordnete Dill. Er machte den Arbeitsminister darauf aufmerksam, dass der Verband bayerischer Metallindustrieller die Wirtschaftskrise durch einen rein politischen Kampf unnötig verschärft hat. Ohne jede wirtschaftliche Notwendigkeit hat der Verband bayerischer Metallindustrieller den in Nürnberg gefällten und von den Gewerkschaften angenommenen Schiedsspruch auf 6 prozentigen Lohnabbau mit einer brutalen Aussperrung der Arbeiter beantwortet. Die Verhandlungsführer der Unternehmer haben, wie der Abgeordnete Dill an einigen Beispielen zeigte, die Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf das Niveau nationalsozialistischer Skandalversammlungen heruntergedrückt. Die Unternehmer haben erkennen lassen, dass es ihnen darum zu tun ist, die wirtschaftliche Krise zu einem rein politischen Machtkampf gegen die Gewerkschaften auszunutzen. Der Redner forderte zum Schluss in einem eindrucksvollen Appell den Arbeitsminister auf, dafür zu sorgen, dass die Arbeiter, die zu den Wirtschaftsführern nicht mehr das mindeste Vertrauen hätten, nicht auch noch das Vertrauen zu einer objektiven Staatsführung verlieren. Dill sagte, wenn die Gewerkschaftsführer so unfähig wären, wie die Führer der deutschen Wirtschaft, so wären sie von den Arbeitern längst zum Teufel gejagt worden.

Der Zentrumsabgeordnete Fahrenbach äusserte grosse Bedenken, ob höhere Zölle und Senkung der Löhne zu einer Belebung der Wirtschaft beitragen könnten. Es herrsche eine wahre Lohnabbaupsychose, Dann aber predigte er gegen den Materialismus, gegen den Machtstandpunkt, gegen den Klassenkampfgedanken. Der sozialdemokratische Abgeordnete Janschek nahm sich insbesondere der Bergarbeiter an. Er verlangte eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem aber im Bergbau. Dort gebe es noch Arbeitszeiten bis zu 10 Stunden. Die wohlverworbenen Rechte der Bergarbeiter dürften bei einer Aenderung der Knappheitsversicherung nicht angetastet werden. Er begründete den sozialdemokratischen Antrag, mindestens 50 Millionen Mark für Zwecke der notleidenden Knappheitsversicherung aus der für die Finanzierung der Osthilfe herangezogenen Industriebelastung herzugeben. Die Bergarbeiter könnten unmöglich weitere Opfer bringen.

Die Abgeordnete Frau Körner von den Kommunisten sagte, dass der kapitalistische Staat nicht mehr in der Lage sei, die Lebens- und Wohnungsbedürfnisse

der arbeitenden Bevölkerung zu befriedigen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Karsten sagte den Kommunisten, sie sollten lieber, statt immer die Sozialdemokratie herunterzureissen, sich endlich ernsthaft mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Jeder Arbeiter begreife, dass in dieser Notzeit die Sozialversicherung nicht ausgebaut, sondern nur erhalten werden könne. In Russland sei die Sozialpolitik längst abgebaut. Eine Verschlechterung der Sozialversicherung nach den Wünschen der Unternehmer würde nur zur Verringerung der schon sehr niedrigen Renten und zu einer weiteren Belastung der Gemeinden führen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Bernhard polemisierte gegen den Standpunkt der Wirtschaftspartei in der Lehrlingsfrage. Die Gesetzgebung nehme sich der Lehrlinge nur an, weil in zahlreichen Betrieben eine Ausbeutung der Lehrlinge vorliege. Was sei das für ein Zustand, wenn jetzt Massen von Lehrlingen nach der Lehrzeit auf die Strasse geworfen werden müssen. Im grössten Teil seiner Rede beschäftigte sich Bernhard in ausgezeichnetem Material mit der Belebung der Bauwirtschaft. Die Baugewerbe mit den Nebengewerben beschäftigten 10 Millionen Menschen. Die freie Wohnungswirtschaft dürfe niemals wieder aufkommen. Senkung der Baukostenpreise und der Mietpreise müsse das Ziel werden, damit die Wohnungslosen zur Wohnung und die Schlechtwohnenden zu gesunden Wohnungen kommen könnten.

Der bayerische Volksparteiler Trossmann wandte sich mit einigen Worten gegen die Aussperrungstaktik der bayerischen Metallindustriellen. Für die ländliche Siedlung machte der sozialdemokratische Abgeordnete Biester sachkundige Ausführungen. Er verlangte, dass nicht nur die Bauernsiedlung, sondern auch die Landarbeitersiedlung gefördert werde. Der Pachtschutz müsse ausgebaut werden. Entscheidend sei das Wohl derjenigen, die den Boden bearbeiteten, nicht derjenigen, die die Renten einstecken. Man müsse verhindern, dass das Heer der Arbeitslosen in den Städten durch Landflucht verstärkt werde. Dazu sei auch eine ökonomische und kulturelle Hebung der Landarbeiter notwendig.

Um 6 Uhr wurde die Beratung des Arbeitsministeriums abgebrochen. Es folgte die Abstimmung über das Abkommen für einen Zollfrieden. Der Landvolkabgeordnete Hemeter glaubte, in einer Erklärung zur Abstimmung von landwirtschaftlichen Gegnern im Reichstag sprechen zu müssen. Die sozialdemokratische Abgeordnete Sender erwiderte ihm scharf, falls er die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gemeint haben sollte.

Es folgte die Beratung des sozialdemokratischen Antrages gegen die Hamburger Mordtaten und des damit verbundenen kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes. Die kurze Debatte führte zu wilden Auftritten der Kommunisten und schliesslich zum vorübergehenden Auffliegen der Sitzung.

Der Abgeordnete Sollmann (Soz), der den Antrag der Sozialdemokratie begründete, gab den Kommunisten keinerlei Anlass zu ihren wüsten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. Er wandte sich mit keinem Wort gegen die Kommunisten, sondern wandte sich in schärfster Weise gegen die nationalsozialistischen Mordtaten. Dennoch unterbrachen ihn die Kommunisten hinter jedem Satz. Ihre Aufregung galt nicht etwa den Faschisten und ihr Schmerz galt nicht den ermordeten Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern die Vorfälle in Hamburg waren ihnen nichts anderes als ein Anlass, Severing und andere Sozialdemokraten als Bluthunde zu beschimpfen, die Faschisten bewaffneten. Sollmann erklärte, dass an dem Morde alle schuldig seien, die politische Ziele durch den Bürgerkrieg erreichen wollten. Schuldig seien alle, die den politischen Gegner als böswillig und ehrlos beschimpften. Schuldig seien alle, die die Freiheit der Demokratie durch ihre Unvernunft und Roheit gefährdeten. Schuldig seien alle, die den Terror als politisches Kampfmittel organisieren. Kein Sozialdemokrat werde durch Morddrohungen sich hindern lassen, seine Ueberzeugung frei auszusprechen: "Wir verabscheuen den Terror, aber wir haben vor den Terroristen keine Furcht."

Sollmann machte dann aufsehenerregende Mitteilungen über Waffenschmuggel an der deutsch-belgischen Grenze nach Deutschland und über Schwarzhandel mit Revolvern in Mitteldeutschland. Er verlangte verdoppelte Wachsamkeit der Staatsgewalt. Den Kommunisten sagte er, dass in einer so gespannten politischen Situation Verbote gegen Organisationen nicht aufgehoben werden könnten, wenn diese Organisationen erklärt staatsfeindlich seien. Die Sozialdemokratie wünsche keine Gesetzgebung abirato, sondern eine ruhige, besonnene Prüfung. Aber den politischen Mördern und ihren intellektuellen Urhebern müsse das Handwerk gelegt werden. Sollmann forderte den Reichstag schliesslich auf, zu zeigen, dass er die Freiheit jeder politischen Ueberzeugung gegen den Terror zu schützen entschlossen ist.

Was dann folgte, übertraf alles, was die Kommunisten an Schamlosigkeit sich bisher geleistet haben. Ein junger Kommunist namens Lohagen redete sich in eine wahre Wutekstase, nicht etwa gegen die Nationalsozialisten, sondern gegen die Sozialdemokratie hinein. Alle Kräfte von der SPD bis zu den Nationalsozialistenstünden zusammen, um den Faschismus in Deutschland zu errichten. Die Innungsmeister des blutigen Handwerks seien nicht die Nationalsozialisten, sondern Severing, Schönfelder (Hamburg) und Grzesinski und Genossen. Es fehlte nur noch, dass der Kommunist behauptete, die Sozialdemokratie habe die Morde in Hamburg veranlasst. Von Ekel gefasst ging die sozialdemokratische Fraktion aus dem Saal. Als der Kommunist Schimpfwort auf Schimpfwort und blutige Phantasie auf blutige Phantasie häufte, entzog ihm schliesslich der sehr duldsame Vizepräsident Esser das Wort. Der Kommunist redete offensichtlich um alle Vernunft gebracht in erregten Gestikulationen und sich überschreiend weiter. Der Vizepräsident verliess seinen Stuhl, womit die Sitzung unterbrochen war. Der Kommunist schimpfte dennoch gegen die Sozialdemokratie weiter. Als er endlich nichts mehr wusste, stimmten die Kommunisten ein Lied nach dem andern an. Ihr bestes Kampfmittel gegen die Faschisten scheinen also Männerchöre zu sein. Glücklicherweise konnte nach einiger Zeit die Sitzung fortgesetzt werden, da sonst durch das Auftreten der Kommunisten jede Aktion unmöglich gemacht worden wäre. Der Kommunist Lohagen wurde für insgesamt 30 Sitzungen ausgeschlossen. Nachher setzte noch ein Kommunist die Schimpferei gegen die Sozialdemokratie fort.

Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag gegen die vereinten Stimmen der Kommunisten und der Landvolkparteien angenommen. Schluss der Sitzung 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.

SPD. Frankfurt/M., 16. März (eig. Drahtb.)

Von der Frankfurter Naziartei hat sich eine Gruppe abgespalten, die sich "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" nennt.

Diese "Kampfgemeinschaft" hat anlässlich der Betriebsratswahlen der Frankfurter Strassenbahner ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie auffordert, der nationalsozialistischen Liste keine Stimme zu geben, sondern allein zu bleiben, damit man wenigstens die Gewissheit habe, dass man nicht betrogen und für die Privatinteressen gewissenloser Egoisten missbraucht und ausgenutzt werde. Die Interessen der Arbeiter habe die NSDAP bisher nicht vertreten. Sie habe nur den persönlichen Interessen ihrer Führer und Funktionäre gedient.

Den führenden Frankfurter Nationalsozialisten werden in dem Flugblatt zugleich eine Reihe von Verbrechen vorgeworfen, wie Unterschlagung von Mitgliedsbeiträgen, Betrug und Fahrgeldunterschlagung.

SPD. In Zeit traten in einer einzigen sozialdemokratischen Frauenversammlung, 54 Frauen und 4 Männer der Sozialdemokratischen Partei bei.

# Aus aller Welt

## Zäpfchen im Theater.

SPD. Der Malermeister Heinrich Zäpfchen wurde in Berlin-Moabit wegen Hausfriedensbruchs und tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Malermeister Zäpfchen ist, das muss von vornherein gesagt werden, kein Berliner. Und es ist vielleicht ein wenig tragisch zu nennen, dass Heinrich Zäpfchen aus einer idyllischen Kleinstadt Mitteldeutschlands nach Berlin kommen musste, um von seiner ersten Strafe ereilt zu werden.

Es war am viertē Tage seines Berliner Aufenthalts, als Zäpfchen, vielleicht ein wenig animiert, aber darüber gingen in Berlin-Moabit die Zeugenaussagen auseinander, ein Theater besucht, in dem man ein ernsthaftes Thema relativ ernsthaft behandelte. Was aber Herr Zäpfchen nicht wusste, da er ausgezogen war, sich an einer Revue "Tausend süsse Beinchen" zu delectieren, die nirgends gespielt wurde und von deren prickelndem Gehalt ihm ein sarkastisch veranlagter Witzbold Wunderdinge erzählt hatte. Der Aerger fing gleich an der Garderobe an. Zäpfchen, der sonst keineswegs knickrig war, schien diesmal mit dem linken Fuss zuerst aufgestanden zu sein - oder sollte doch der Alkohol mitgesprochen haben - ?Jedenfalls machte er seinem Unmut der unschuldigen Garderobiere gegenüber in lebhaften Worten Luft, wobei er sich zu der Drohung verstieg, dass er ganz Mitteldeutschland, seine Heimat, über die Neppmethoden der Berliner Theaterbesitzer aufklären würde. Mit einer Falte des Zorns auf der Stirn begab er sich auf seinen Platz im Parkett. Es war im ersten Akt, der Held des Stückes sass zusammengebrochen auf einem Sofa und schluchzte, irgendwelcher privater Katastrophe wegen, effektiv vor sich hin, als plötzlich ein ungebetener Souffleur den Mund auftat, Herr Zäpfchen nämlich, und zu seinem Nachbarn sagte: "Sagen Sie mal, das ist doch wirklich eine Schweinewirtschaft! Ein verfluchter Nepp! 60 Pfennige für Garderobe sollte mal einer bei uns in unserem Stadttheater verlangen. Der Kerl würde hinausgeprügelt werden. Und das schlucken wohl hier alles die Garderobenfrauen?!" Malermeister Zäpfchen gab dieser seiner Emoörung mit lauter, etwas krächzender Stimme so unverblümt Ausdruck, dass es das ganze Parkett hören konnte und der unentwegt weinende Mann auf der Bühne leise unruhig wurde. Der Theaternachbar Zäpfchens sah den protestierenden Gast für einige Sekunden mit einem masslos erstaunten Gesicht an und blickte dann aber wortlos mit einem Achselzucken wieder zu dem tränenreichen Vorgang auf der Bühne. In den hinteren Reihen schüttelten die Leute die Köpfe. Vorn drehten sie sich herum, ein paar Theatergäste liessen ein glucksendes Lachen hören. Für eine Weile war Zäpfchen still, dann monologisierte er von neuem: "Himmeldonnerwetter! Erst 60 Pfennige Garderobe und dann dieser Betrug auf der Bühne! Wo sind die tausend süssen Beinchen", die ich sehen wollte? Flennende Männer haben wir auch bei uns." Währenddessen hatte auf der Bühne die Tragik ihren Höhepunkt erreicht. Der weinende Held war gerade dabei, einen Zündblattrevolver auf sich abzuschliessen. "Halten Sie bitte Ihr Maul!" sagte jetzt Zäpfchens Nachbar, rauh aber herzlich, und blitzte den Malermeister wütend an. "Sie sind doch hier in keiner Kaschemme, Sie alter Dussel-!" Hinten riefen sie "Ruhe", vorn fingen sie an, sich zu räuspern und der todgeweihte Held auf den Brettern, die die Welt bedeuten, geriet so in Verwirrung, dass ihm sein Mordinstrument polternd zu Boden fiel. Zäpfchen, der Erreger dieses allgemeinen Aergernisses, beruhigte sich, aber nur für Minuten. Kurz vor der

zweiten Pause kam die Bombe zum Platzen. Als der Malermeister wieder stürmisch aber etwas unmotiviert gegen die hohe Garderobengebühr protestierte und kategorisch nach "tausend süsse Beinchen" verlangte, sprang ein Beamter des Theaters auf ihn zu und forderte ihn auf, das Haus zu verlassen. Der biedere Zäpfchen, nun vollends in Furor geraten, weigerte sich und beschimpfte seinen Widersacher gröblich, um sogleich in einen Hassgesang auf ganz Berlin überzugehen. Schliesslich waren der Theaterbeamte und ein herbeizitiertes Schupo gezwungen, den sich heftig sträubenden Malermeister Zäpfchen ins Freie zu schleifen. Die Folge: eine Klage wegen Hausfriedensbruchs und tätlicher Beleidigung. Zäpfchen kann von Glück reden: der "Widerstand gegen die Staatsgewalt" blieb ihm erspart. "Ich bin ja gar nicht so, Herr Richter", sagte Zäpfchen in Berlin-Moabit und blinzelte ein wenig verschämt mit den Augen, "mögen die 60 Pfennige Garderobengebühr springen. Aber dass sie mir den heulenden jungen Mann da vorsetzten, statt der "Tausend süssen Beinchen", sehen Sie, das ist das, was unsereinen so gegen das Sündenbabel Berlin erbittern muss!"

+ + +

Die Ursache der Todesnebel. Die rätselhaften belgischen Todesnebel, durch die im Dezember vorigen Jahres zahlreiche Bewohner des Maass-Tales das Leben einbüssten, sind nunmehr in ihrer Ursache aufgeklärt. Giftige Abgase mehrere chemischer Werke im Maass-Tale hatten sich mit dem üblichen Naturnebel vermischt. Vermutlich werden die Hinterbliebenen der etwa 60 Todesopfer, die die Katastrophe forderte, Schadenersatzklage gegen die Leitung der betreffenden Fabriken anstrengen; es war von diesen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht für die vorzeitige Unschädlichmachung der giftigen Abgase Sorge getragen worden.

+ + +

Noch immer Erdrutschkatastrophe! Der furchtbare Erdrutsch in den savoyischen Alpen ist immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Nachdem die Dörfer Michaud Bergues und Garins von den Erd- und Schlammmassen bereits verschüttet und die Dörfer Les Granges und Equins am Sonnabend und Sonntag geräumt worden sind, ist am Montag auch die Räumung des Dorfes Pré de Foire angeordnet worden. Mehrere Häuser der drei Dörfer sind schon von den langsam vorrückenden Erdmassen verschlungen worden. Von den Bergen rollen ständig grosse Felsblöcke mit donnerähnlichem Getöse in die Tiefe und bedrohen die mit der Ableitung der Erdmassen beschäftigten Arbeiter. Die Strasse nach Chatelard ist am Montag vormittag durch einen der vier Erdströme verschüttet worden.

+ + +

Tetzner-Prozess. Zwecks Vorbereitung des am Dienstag, den 17. März in Regensburg beginnenden Prozess gegen den Versicherungsmörder Erich Tetzner und seine Frau begab sich der Vorsitzende des Regensburger Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Engert, am Montag nachmittag, gemeinsam mit den beiden Verteidigern, an den Tatort. Die Stelle, an der Tetzner den Wanderburschen im Auto verbrannte, ist 22 Kilometer von Regensburg entfernt bei Nabburg gelegen. In unmittelbarer Nähe der Mordstelle hatten Kriminalbeamte wenige Stunden nach der Tat eine leere Benzinkanne gefunden, die noch Spuren von Brennstoff enthielt. Dadurch, dass Tetzner die Benzinkanne wegwarf, hatte er sich verraten. Am Montag nachmittag sind auch die Reste des verbrannten Autos - eines Opel-Wagens - in den Hof des Gerichtsgebäudes transportiert worden. Dadurch dass der Lack in merkwürdigen Reifenformen abgebrannt ist, dürfte sich die Theorie der Anklageschrift bestätigen, dass Tetzner das Auto mit Benzin begossen hatte.

+ + +

Zeche Engelsburg. Der Wassereinbruch auf der Zeche Engelsburg hat am Montag an Gewalt stark nachgelassen, sodass die Hoffnung besteht, dass die Zeche erhalten werden kann. Die Verwaltung hatte bereits der 1900 Mann starken Be-

legschaft gekündigt. Ein Teil der Arbeiter wird wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen wieder beschäftigt werden können.

+ + +  
Verurteilte Tiefbauunternehmer. Vom Grossen Schöffengericht Halle wurden nach zweiwöchentlicher Verhandlung vier Tiefbauunternehmer, die gemeinschaftlich mit dem Bürgermeister von Alsleben (Mansfelder Seekreis) Betrügereien und Fälschungen begangen hatten, zu neun Monaten Gefängnis bezw. 2000, 1000 und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der eine der Unternehmer hatte in seinen Lohnlisten 71 Notstandsarbeiter geführt, tatsächlich aber nur 17 beschäftigt.

+ + +  
Die reichste Frau der Welt. In New York verstarb im Alter von 80 Jahren Miss Wendel, die reichste Frau der Welt. Ihr Vermögen wurde auf 40 Millionen Pfund geschätzt. Trotzdem lebte die Verstorbene in grösster Einfachheit.

+ + +  
Abgebrannte Kirche. In Belfast (Irland) wurde die St. Donegal-Kirche, die grösste Kirche des Freistaates, ein Raub der Flammen.

+ + +  
Aufgespiesst. Im Schlachthaus Kalisch (Polen) sollte ein besonders wilder Stier geschlachtet werden. Die anwesenden Schlächtergesellen forderten sich gegenseitig heraus, das ungestüme Tier zu bändigen. Nur ein wegen seiner ausserordentlichen Körperkräfte bekannter Geselle wagte sich an das Tier heran. Er fasste den Stier an den Hörnern und wollte ihn zu Boden zwingen, er glitt aber aus, sodass sich der Stier mit den Hörnern auf ihn stürzen konnte. Bevor die Arbeitskollegen ihrem Kameraden zu Hilfe kommen konnten, hatte der Stier ihm den Unterleib aufgerissen. Das Tier wurde schliesslich durch einen Schuss in den Kopf getötet. Der von dem Stier übel zugerichtete Schlächter erlag bald seinen Verletzungen.

+ + +  
Sechs Personen verschüttet. Auf einer Landstrasse bei Bern hat eine Schneelawine ein ganzes Hotel unter sich begraben. Mehrere Personen verunglückten tödlich.

+ + +  
Familiendrama. Der Unternehmer Adhemar Pinson in Chablis (Frankreich) wurde in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Kurz darauf fanden Angestellte auch die Leichen der 18jährigen Tochter und ihrer 21jährigen Stiefschwester, die ebenfalls durch Revolverschüsse getötet waren. Pinson soll das Vermögen seiner Stieftochter als deren Vormund veruntreut haben. Aus Furcht vor Entdeckung hat er das schreckliche Verbrechen begangen.

+ + +  
Bildhauer als Brandstifter. In Kopenhagen wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges der bekannte dänische Bildhauer Sophus Nerville verhaftet. Nerville, der auch als Verfasser okkultur Schriften und als Yoga-Apostel bekannt ist, wird beschuldigt, seine Wohnungseinrichtung und Kunstsammlungen weit überversichert und dann in Brand gesteckt zu haben. Der Künstler und seine gleichfalls verhaftete Frau bestreiten jede Schuld, aber vermutlich vergeblich, denn die Polizei hat einen Teil der angeblich verbrannten Kunstgegenstände in verschiedenen Pfandleihen der Stadt aufgefunden.

+ + +  
Aufgelöstes Flüchtlingslager. Das im September 1929 für die aus Russland geflüchteten deutsch-russischen Bauern errichtete Flüchtlingslager in Mölln ist aufgelöst worden. 400 Flüchtlinge die sich zurzeit noch in Mölln befinden, bleiben vorläufig dort auf Kosten der Organisation der Mennoniten, bis auch ihnen die Auswanderung nach Kanada oder Brasilien ermöglicht werden kann.



Auch Abbau der Unfallversicherung?

-----  
Neue Anschläge.

SPD. Im Dunkeln ist gut munkeln, und daher durfte die breite Öffentlichkeit kein Sterbenswörtchen über die neueste beim Reichsarbeitsministerium eingereichte sozialpolitische Abbaudenkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erfahren. Der Zufall aber hat es gewollt, dass die Vorschläge der Unternehmer zur "Reform" der Unfallversicherung trotzdem veröffentlicht werden. Was in diesen Vorschlägen verlangt wird, ist nichts anderes als eine Verstümmelung der Unfallversicherung, gegen die rechtzeitig mobil gemacht werden muss.

Die Arbeitgeber verlangen die Beseitigung eines Drittels des gesamten Rentenbestandes. So soll der § 559 der RVO folgenden Absatz erhalten: "Eine Rente wird nicht gewährt, solange durch den Unfall die Erwerbsfähigkeit um weniger als 1/4 gemindert ist." Die Renten unter 20% der Vollrente stellen aber mehr als den dritten Teil aller Verletztenrenten dar. Einschränkung der Versorgung der Leichtbeschädigten sei sachlich und sozial gerechtfertigt, weil die Leichtbeschädigten auf dem Arbeitsmarkt keine nennenswerten Beschränkungen erleiden. Die so zu gewinnenden Ersparnisse könnten für eine bessere Versorgung der Schwerbeschädigten verwandt werden. Auch die französische Sozialversicherungsgesetzgebung wolle ja in ähnlicher Weise eine Staffelung der Verletztenrenten einführen. Die Herren Arbeitgeber treten also wieder einmal in der Rolle des Menschenfreundes auf. Sie versprechen, sie wollten für die Schwerbeschädigten besser sorgen. Versprechungen kosten nichts. Sie verlangen ferner Beseitigung der Berufsfürsorge für Verletzte mit Erwerbsfähigkeit unter 50%, da diese Leute erfahrungsgemäß sich aus eigener Kraft helfen könnten. Sie verlangen, dass die Witwe nur 2/5 des Jahresarbeitsverdienstes ihres verstorbenen Ehemannes erhält, wenn sie dauernd invalide ist, während ihr bisher 2/5 gewährt wurden, wenn sie die  Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hatte. Sie verlangen, dass die Hinterbliebenenrenten, die nach dem jetzigen Gesetz zusammen höchstens 4/5 des Jahresarbeitsverdienstes betragen, auf 3/5 herabgesetzt werden, da die Hinterbliebenen, wenn sie 80% des Jahresarbeitsverdienstes erhielten, wirtschaftlich besser daständen als beim Leben des Ernährers. Sie verlangen, dass die Witwenbeihilfe in Höhe von 2/5 des Jahresarbeitsverdienstes, die die Witwe eines Schwerverletzten erhielt, wenn der Tod des Verletzten nicht Folge eines Unfalls war, beseitigt wird; denn es sei nicht anzuerkennen, dass der Ehegatte ohne die durch den Unfall hervorgerufene Einschränkung seiner Erwerbsfähigkeit seine Witwe in entsprechend besseren Vermögensverhältnissen zurückgelassen hätte. Sie verlangen Verschlechterung der Abfindung und Abfindung ohne Zustimmung des Verletzten, da gegen eine Benachteiligung bei Bemessung der Abfindungssumme der Verletzte dadurch gesichert sei, dass das Oberversicherungsamt den Abfindungsbescheid wegen zu geringer Bemessung der Abfindungssumme aufheben könne. Sie verlangen, dass der Versicherte bei Einlegung der Berufung eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten hat. Gehe die Gebühr innerhalb einer vom Oberversicherungsamt bestimmten Frist von zwei Wochen nicht ein, so gelte die Berufung als nicht eingelegt. Habe die Berufung Erfolg, so werde die Gebühr dem Versicherten erstattet; andernfalls ver falle sie. Sie verlangen Beseitigung der Entschädigung für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit, da die Unternehmer rechtlich keinen Einfluss auf die Ver-

kehrsregelung und Verkehrsüberwachung und praktisch keinen wirksamen Einfluss auf das Verhalten der bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen im Verkehr habe. Menschenfreundlich, wie die Verfasser der Denkschrift nun einmal sind, fordern sie diese Einschränkung gerade jetzt, weil sie wissen, dass die Verkehrsunfälle zunehmen, weil ungezählte Arbeiter heutzutage weit mehr als früher nicht mehr in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen, sondern weite Anmarschwege zurückzulegen haben und auch dadurch viel mehr als früher Unfällen ausgesetzt sind.

Diese Beispiele zeigen zur Genüge, was den Arbeitern blüht, wenn nach Abschluss der Lohnabbaukampagne auf dem anderen sozialpolitischen Hauptkriegsschauplatz, d.h. auf dem Gebiet der Sozialversicherung, ein neuer Angriff der Arbeitgeber einsetzt. Zu diesem Angriff wird, wie die Denkschrift der Vereinigung zeigt, in aller Stille gerüstet. Die Arbeitgeber möchten am liebsten schon vor der Schlacht den Sieg an ihre Fahne heften. Daher die Geräuschlosigkeit und Eile bei der Uebermittlung ihrer Abbauvorschläge an das Reichsarbeitsministerium, das für das kommende Jahr die vom Reichskanzler angekündigte Reform der Sozialversicherung zur Zeit vorbereitet und, wie aus verschiedenen gelegentlichen Anfragen zu entnehmen ist, zur Zeit bereits vorsichtig das Gelände abtastet.

Gefahr ist im Verzug. Das Reichsarbeitsministerium will "Inflationserrscheinungen" auf sozialpolitischem Gebiet wegräumen. Die Arbeitgeber wissen, wie es bei Reparaturen meist zugeht. Wenn erst einmal da und dort ein Stück abgebrochen wird, dann geht manchmal das halbe Haus zum Teufel. Und gerade das wollen die Arbeitgeber. Sie wollen die Sozialversicherung in eine Art Armenschutz umwandeln, d.h. nur noch dort Leistungen wirksam werden lassen, wo eine Hilfe nicht mehr abgeschlagen werden kann, weil schliesslich sonst die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch genommen werden müsse. Also Abbau bis aufs Armenniveau hinunter.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht von allen guten Geistern verlassen ist, dann scharf sie sich Mann für Mann um ihre Gewerkschaften, dann holt sie nicht nur den zweiten Mann, sondern auch den letzten Mann unter den Arbeitskameraden heran und herein in die Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei. Tut sie es nicht, dann - Arbeiterschutz adieu! Gewerkschaften und Partei können nur so viel durchsetzen, als Macht hinter ihnen steht.

SPD. Während in Deutschland die Sozialversicherung unter dem Druck des Faschismus abgebaut werden soll, marschiert in der Welt der deutsche Sozialversicherungs-gedanke. So gehen immer mehr Länder zur Krankenversicherung auf der deutschen Grundlage der Zwangsversicherung über. Auch England hat jetzt z.B. die 1927 auf der internationalen Arbeitskonferenz angenommenen beiden Uebereinkommen zur Krankenversicherung ratifiziert, d.h. sich verpflichtet, eine den Vorschriften der Uebereinkommen mindestens gleichwertige Krankenversicherung für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer einzuführen. Damit hat die Krankenversicherungsratifikation 44 Millionen Versicherte in 10 Ländern erfasst. Frankreich dürfte im nächsten Jahr die beiden Abkommen ratifizieren. Dadurch würden weitere 8 1/2 Millionen Menschen unter die Ratifikation fallen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat in der Frage der Knappschaftssanierung jetzt, da allem Anschein nach der Finanzminister hartnäckig geblieben ist, eine Notlösung für 1931 vorgeschlagen. Er verlangt, dass "alle" sich an der Hilfe für die Knappschaft beteiligen: Das Reich, das die Hälfte der notwendigen Hilfe aufbringen soll, die Bergarbeiter, die Angestellten- und die Inva-



Invalidenversicherung.

Wir verkennen nicht, dass die Suche nach einem Ausweg in der Sanierungsfrage schwierig ist, wenn man die Forderung der Bergarbeiter auf Erhebung eines Förderzinses ablehnt. Warum nicht schon jetzt diese Forderung berücksichtigt werden kann, darüber wird man hoffentlich in den Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses im Laufe der Woche einmal etwas Genaueres erfahren. Wenn der Reichsarbeitsminister daran festhält, dass auch die Invalidenversicherung zur Sanierung der Knappschaft herangezogen wird, dann scheint ihm die bedenkliche Entwicklung der Finanzen dieses Zweiges der Sozialversicherung im Laufe der letzten Monate nicht genügend bekannt geworden zu sein. Diese Entwicklung ist, wie aus den Berichten der Landesversicherungsanstalten hervorgeht, höchst unerfreulich. Was der Invalidenversicherung vom Arbeitsminister zugemutet wird, wäre ein sehr hartes Opfer, und es ist daher nur allzu begreiflich, dass sich die Invalidenversicherung mit Händen und Füßen dagegen wehrt, da einzuspringen, wo andere tragkräftigere Schultern an der Sanierungslast mittragen könnten.

SPD. "Stillgestanden! Antreten zur Betriebswahl! Die auf den Farbwerken arbeiten, auf den rechten Flügel! Abzählen! Die ersten dreiundzwanzig kommen auf die Vorschlagsliste der Nationalsozialisten! Die Uebrigen wegtreten!"

-So wurde in der grossen chemischen Fabrik in Wiesdorf -Leverkusen bei Köln die Liste zur Betriebsratswahl der Nationalsozialisten durch Befehl des Gauführers aufgestellt. Zum Unterschreiben der Liste wurde ein Mann - ebenfalls kommandiert. Er setzte seinen Namen unter das Machwerk und fälschte die beiden anderen von Gesetz vorgeschriebenen Unterschriften.

Bei der Prüfung der Liste durch den Wahlvorstand kam natürlich der Schwindel heraus. Der Wahlvorstand beschloss einstimmig, die Liste für ungültig zu erklären und die Wahl nicht zuzulassen. Bei den Helden vom Dritten Reich gab es daraufhin lange Gesichter. Zur Urkundenfälschung auch noch die Blamage!

↑  
Auf dem Goldenbergwerk in Knappsack bei Köln hatte die kommunistische RGO eine Liste zur Betriebsratswahl aufgestellt. Die drei Unterschriften wurden von dem Listenführer gezeichnet - also auch hier gefälscht. Die RGO-Liste wurde selbstverständlich ebenfalls für ungültig erklärt und zur Wahl nicht zugelassen.

Die kommunistische Fälschung beschäftigt bereits die Staatsanwaltschaft. Und die Nazi-Urkundenfälschung?

SPD. Das Reichsfinanzministerium hat die am Tarifvertrag für die Arbeitnehmer der Reichsverwaltungen beteiligten Organisationen zu Lohnverhandlungen geladen, die am Dienstag vormittag beginnen sollen. Was das Ministerium plant, hat es bis jetzt den Organisationen noch nicht mitgeteilt.

SPD. Die Arbeitnehmer-Verbände der Rheinschiffahrt haben am Montag beim Reichsarbeitsminister die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.

SPD. Die dem Gesamtverband angeschlossene Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof hat dieser Tage in Kochel, im Ferienheim des Verbandes, eine Reichskonferenz - die erste seit dem Aufgehen im Grossverband - angehalten. Die Konferenz vermittelte - um das vorweg zu nehmen - den Eindruck, dass das Zusammenschlussexperiment geglückt ist, dass niemand die Entwicklung wieder rückgängig machen möchte. Die Verschmelzung hat, wie aus dem Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenleiters Busch hervorging, die früher fast üblichen Grenzstreitigkeiten zwischen dem Gärtner- und dem Gemeindearbeiterverband verschwinden lassen. Sie hat auch, wie Polenske vom Gesamtverband betonte, in der Abwehr des Lohnabbaus gute Hilfe geleistet; ohne grosse und finanziell gesicherte Gewerkschaften wäre der Lohnabbau noch viel verheerender ausgefallen. In der Aus-sprache wurde von allen Seiten mit schärfstem Nachdruck vor allem die Erfassung des jugendlichen Nachwuchses durch Zusammenarbeiten der einzelnen Verbands-gruppen gefordert.

Der Aufbau des Gesamtverbandes wurde den Teilnehmern der Tagung durch einen instruktiven Vortrag Polenskies vom Gesamtvorstand klargemacht. Er schilderte anschaulich den vielgliedrigen Organismus der 700 000 Menschen umfassenden Riesenorganisation mit ihren 24 Reichsfachgruppen, unter denen die Gruppe Gärtnerei, Park und Friedhof 25 000 Mitglieder umfasst. Neu hinzugekommen zum Gesamtverband ist eine 700 Personen umfassende Gruppe der Ärzte. Polenskies Vortrag wird demnächst in der Gewerkschaftszeitung im Auszug wiedergegeben werden. - Die gärtnerische Berufsausbildung beleuchtete Lehmann-Berlin. Seine Darlegungen fanden ihren Abschluss in der Annahme einer Entschliessung, die sich scharf gegen eine Auslieferung der gärtnerischen Berufsausbildung an die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ausspricht. - Ueber den Kampf gegen die öffentlichen Gärtnereien sprach Meissner -Frankfurt a.M. Er charakterisierte diesen Kampf als Teilaktion des Unternehmertums gegen die Betriebe der öffentlichen Hand überhaupt. Die öffentlichen Gärtnereien böten, ganz abgesehen von ihrer Bedeutung für die allgemeine Volksgesundheit, auch den aus der Erwerbsgärtnerei - sie beschäftigt aus Profitgründen lieber junge Leute - vertriebenen älteren Arbeitnehmern noch die Möglichkeit einer Existenz. - Den Kampf um den Tarifvertrag behandelte Bernotat-Berlin. Auch mit Hilfe der Arbeitszeitverordnung habe man bisher eine befriedigende einheitliche Regelung der Arbeitszeit noch nicht erreichen können, hauptsächlich wegen der uneinheitlichen Rechtseingliederung des Gärtnereigewerbes. Zu fordern sei die Einbeziehung des Sonntagsdienstes in die festgesetzte Wochenarbeitszeit. Bernotat beleuchtete auch die Möglichkeiten von Lehrlingstarifen - ein solcher sei für die Blumengeschäfte abgeschlossen - und schliesslich die eines allgemeinen Reichstarifs.

Fast auf allen Gärtnerverbandstagungen stand bis jetzt die Rechtsfrage auf der Tagesordnung. So war es auch diesmal in Kochel. Die Bedeutung dieser Frage für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Gärtnerberuf beleuchtete Albert Lehmann-Berlin. Die alte Forderung nach Unterstellung der Gärtnerei unter die Gewerbeordnung sei noch immer unerfüllt, obwohl die Lage von Tag zu Tag unhaltbarer werde.

Die Reichsfachgruppenleitung besteht nach der Neuwahl wieder aus Busch, Albert Lehmann, Löcher, Polenske und Thull. Der Bezugspreis des Fachblattes pro Quartal wurde von 2 Mark auf 1 Mark herabgesetzt. Unter den angenommenen Anträgen ist ferner ein Beschluss erwähnenswert, der die Unterstellung der Gärtnerei unter die Berufsgenossenschaft für Gartenbau und Friedhof fordert.

Auch die politischen Spannungen des Augenblicks warfen ihre Weller in die Tagung. So lag ein Antrag auf Lösung des Verbandes von der Politik der SPD vor. Er fand einstimmige Ablehnung. Partei und Gewerkschaften halten in diesen Sturmtagen treue Kameradschaft.



Achtung: 1. April.

(Erklärt die gesetzliche Miete!)

SPD. Vom 1. April 1931 ab treten durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wesentliche Einschränkungen der Mieterrechte ein. Dahin gehört auch die Erklärung der gesetzlichen Miete.

Mancher Mieter hat aus irgendwelchem Grunde dem Vermieter eine höhere Miete als die gesetzliche Miete bewilligt. Vom 1. April 1931 an kann nun der Mieter nicht mehr "jederzeit" dieses Zugeständnis zurücknehmen. Die oben erwähnte Notverordnung erklärt nämlich u.a., dass eine Berufung auf die gesetzliche Miete nach Ablauf eines Jahres seit dem Beginn der Mietzeit nicht mehr zulässig ist. Da fast sämtliche Mietverträge am 1. April 1931 ein Jahr laufen, so fällt für die meisten Mieter vom 1. April 1931 ab das Recht fort, die gesetzliche Miete zu zahlen; damit ist der Mieter an den vereinbarten Mietzins dauernd gebunden. Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, dass nach Ablauf eines Jahres seit dem Beginn der Mietzeit eine Berufung auf die gesetzliche Miete noch möglich ist, wenn der Mieter in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist. Aber dann muss der Mieter das beweisen. Weiter tritt die gesetzliche Miete auch nur in Wirksamkeit, wenn "die Änderung des Mietzinses auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des anderen Teiles (des Vermieters) nicht als unbillig bezeichnet werden kann". Die Möglichkeit, nach dem 31. März 1931 noch auf die gesetzliche Miete zurückzukommen, wenn bereits ein Jahr seit dem Beginn der Mietzeit verflissen ist, ist also ausserordentlich gering.

Die Notverordnung bestimmt weiter, dass eine Berufung auf die gesetzliche Miete auch innerhalb des ersten Jahres der Mietzeit nicht zulässig ist "a) wenn der Vermieter zum Abschluss des Mietvertrages wesentlich dadurch bewogen worden ist, dass der Mieter ihm ein günstigeres Angebot gemacht hatte, als ein anderer Bewerber, b) wenn der andere Vertragsteil mit Rücksicht auf die abweichende Vereinbarung entsprechende Leistungen übernommen hat". Wenn sich der Mieter vor den Nachteilen dieser Gesetzesverschlechterungen schützen will, so muss er die Erklärung auf die gesetzliche Miete so zeitig abgeben, dass der Vermieter spätestens am 31. März 1931 diese Erklärung in Händen hat. Die Erklärung braucht nur zu lauten:

"Hiermit erkläre ich, dass ich vom nächstzulässigen Termin an die Miete nur noch nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zahlen werde."

Ist in dem Mietvertrag eine Jahres- oder eine Vierteljahrsmietete genannt, so wirkt diese schriftliche Erklärung zum 1. Juli 1931 (d.h. zum nächsten gesetzlichen Kündigungstermin). Vom 1. Juli 1931 an braucht der Mieter alsdann nur noch die gesetzliche Miete zu zahlen. Ist in dem Mietvertrage keine Jahres- oder Vierteljahrsmietete, sondern nur eine Monatsmietete genannt, so wirkt die Erklärung, wenn sie dem Vermieter bis spätestens zum 15. März 1931 zugeht, bereits vom 1. April 1931 ab. Geht die Erklärung dem Vermieter erst nach dem 15. oder spätestens am 31. März 1931 zu, so wirkt sie vom 1. Mai 1931 ab. Ist die Miete nach Monaten bemessen, so gilt die halbmonatige Kündigungsfrist. Mit der Erklärung der gesetzlichen Miete erlöschen aber alle Vereinbarungen, auf die der Vermieter nur deswegen eingegangen ist, weil der Mieter ihm eine höhere Miete als die gesetzliche Miete zugebilligte. Hat der Vermieter z.B. gegen eine Mieterhöhung die Erlaubnis zur Untervermietung erteilt, so erlischt diese Erlaub-

nis. Das Mieteinigungsamt kann die fehlende Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung nur dann ersetzen, wenn der Untermieter in den Räumen eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führt. Hat der Vermieter schon im Mietvertrage die Genehmigung zur Untervermietung erteilt oder hat er die Untervermietung so lange ausdrücklich oder stillschweigend geduldet, ohne dafür eine besondere Entschädigung zu verlangen, so hat der Vermieter keinen Anspruch auf einen Zuschlag zur gesetzlichen Miete. Die Bewilligung solcher Zuschläge hat in jedem Fall dazu geführt, dass die Miete nicht mehr als gesetzliche Miete, sondern als vereinbarte Miete gilt. Der dem Mieter lästige Zuschlag kann also nur durch Erklärung der gesetzlichen Miete beseitigt werden.

Um im Streitfalle den Beweis für die Abgabe der Erklärung antreten zu können, empfiehlt es sich, die Erklärung in eingeschriebenem Brief abzusenden, aber so zeitig, dass der Vermieter zweifellos am 31. März 1931 in Besitz derselben ist.

Damit der Mieter nachprüfen kann, wie gross der Unterschied zwischen der von ihm gezahlten vereinbarten Miete und der gesetzlichen Miete ist, geben wir nachstehend noch einmal die genauen Sätze der gesetzlichen Miete für Preussen an. Die feste gesetzliche Miete beträgt 120 % der reinen Friedensmiete. Führt der Mieter infolge ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung mit dem Vermieter die Schönheitsreparaturen selbst aus, so beträgt die gesetzliche Miete nur 116 % der reinen Friedensmiete. Die reine Friedensmiete wird gefunden, indem man von der am 1. Juli 1914 gezahlten oder der vom Mieteinigungsamt festgesetzten Miete zunächst abzieht: 7 % für die Heizstoffe bei Sammelheizung, 3 % für die Heizstoffe bei Warmwasserversorgung, 2 % bei Fahrstuhlbenutzung, 2 % für Spiegelglasversicherung (Schaufenster). Bei Wohnungen ohne solche Einrichtungen deckt sich die reine Friedensmiete mit der tatsächlichen Friedensmiete. Ausser den 120 % bzw. 116 % der festen gesetzlichen Miete hat der Mieter noch 100 % staatlichen Grundvermögenssteuerzuschlag und den 100 % übersteigenden Gemeindefzuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer als Umlage zu zahlen. 100 % der Grundvermögenssteuer betragen höchstens 4 % der reinen Friedensmiete; der Betrag kann aber auch bis auf 3 oder 2½ % der reinen Friedensmiete heruntergehen, wenn die staatliche Veranlagung dem Vermieter günstig ist. Der Vermieter muss auf Verlangen dem Mieter die zur Berechnung nötigen Unterlagen vorlegen. Ausserdem kann die Gemeinde eine Erhöhung des Satzes von 120 bzw. 116 Prozent angeordnet haben.

In Zweifelsfällen ist es gut, sich in der Geschäftsstelle eines Mietvereins, welcher einer der grossen Spitzenorganisationen angehört, Rat und Auskunft zu holen.

SPD. Die Dresdner Bank wird für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 6 % ausschütten gegenüber 10 % im Vorjahr. Man weiss, dass für die Dividendenkürzung ein entsprechender Beschluss der Grossbanken vorliegt. Trotzdem lässt sich nicht übersehen, dass die Dresdner Bank ein äusserst schwieriges Jahr hinter sich hat. Einer der Leiter der Bank, Generaldirektor Nathan, hat dem Abschluss für 1930 folgende charakteristische Bemerkung mit auf den Weg gegeben: Das erste halbe Jahr brachte ein geradezu gutes Geschäft. Das Jahr 1930 wäre eins der besten Jahre für die Dresdner Bank geworden, wenn das Anwachsen der rechtsradikalen Bewegung, der politischen und der Vertrauens-Krise in Deutschland, die in den Wahlen vom 14. September ihren Ausdruck fand, die befriedigende Entwicklung nicht geradezu in ihr Gegenteil verkehrt hätte. Durch die Ereignisse war die Dresdner Bank gezwungen, eine Viertel Milliarde Mark an Krediten zurückzuzahlen. Wenn das Institut das tun konnte, ohne einschränken zu müssen, dann spricht das sicherlich von Leistungsfähigkeit.

Untersuchen wir einmal, wie die Auswirkungen des nationalsozialistischen Kampfes für die Bruchung der Zinsknechtschaft bei der Dresdner Bank aussehen.

In knapp einem Vierteljahr haben sich die Barkredite bei der Bank um mehr als 300 Millionen Mark verringert. Der Anteil der Auslandskredite an den Gesamteinlagen, der 1929 noch 27,6 % betrug, ging auf 22,7 % zurück. Es war eine nicht leichte Aufgabe für die Bank, unter den Einfluss der rechtsradikalen Inflation notwendig werdende Zahlungen ohne grössere Schädigungen für die Wirtschaft durchzuführen. Trotzdem haben sich die Wechsel, Schecks und unverzinsliche Schatzanweisungen von etwa 563 Millionen auf 516 Millionen Mark verringert. Die Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen gingen von rund 300 Millionen auf 189 Millionen Mark zurück. Die Schuldner in laufender Rechnung zeigen allerdings noch eine Steigerung von 1003 Millionen Mark Ende 1929 auf 1116 Millionen Mark Ende 1930. Gegenüber der Zeit vor den katastrophalen Reichstagswahlen vom 14. September ist aber eine Einschränkung in der Kreditgewährung erfolgt, die rund 65 Millionen Mark ausmacht. Auch jetzt ist die Schlappe nicht ganz überwunden. Im Januar und Februar 1931 war der Saldo im Eingang und Ausgang von Auslandsgeldern noch rückgängig. Im März haben sich die Dinge gebessert; jedoch sind die Besserungen immer unter starken Opfern an Zinsverteuerungen zu erkaufen. Die Dresdner Bank will auch, im Gegensatz zu der Auffassung anderer Institute, wissen, dass an den in den letzten Tagen stärker einsetzenden Angebot von von Auslandsgeld deutsche Kapitalflüchtlinge stärker beteiligt sind.

Unter Einfluss der geschilderten Entwicklung ist die Liquidität bei der Dresdner von 58 % auf 54 % zurückgegangen.

Aus der Bilanz ist noch zu erwähnen, dass sich die Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren, also die Kredite für den Import und Export, von 397 Millionen auf 479 Millionen Mark gesteigert haben, trotz der Preisabflachung auf den Weltrohstoffmärkten. Der Reingewinn wird unter Einrechnung des Vorjahres mit 7 Millionen Mark angegeben gegenüber 11,41 Millionen Mark im Jahre 1929. Die Steuerleistung ermässigte sich von 7,17 Millionen auf 6,91 Millionen Mark. Der Pensionsfond erhöht sich um 300 000 Mark auf 2,9 Millionen Mark. Die Handlungskosten zeigen eine Verminderung von 59,82 Millionen auf 57,27 Millionen. Auf den Effekten- und Konsortialkonten hat das Institut besonders 6 Millionen, im Reichen der grossen Pleiten, abgeschrieben.

Die Dresdner Bank kann diesmal eine Erhöhung ihres Personalbestandes melden und zwar von 8020 Köpfen Ende 1929 auf 8065 Ende 1930. Die Entwicklung beruht wohl in erster Linie auf die Erweiterung des Geschäfts durch Uebernahme der Bankfirma Steckner in Halle, des Rathenower Bankvereins und des Brandenburger Bankvereins. Die Abbautendenz ist geblieben, was schon daraus hervorgeht, dass sich die Anzahl der Konten von 338 500 im Vorjahr auf 357 000 erhöhte.

Von Interesse ist die Aufteilung der Schuldner. An den gewährten Krediten waren die Lebensmittelindustrie und die Industrie für Bekleidung usw. mit 32,4 % beteiligt gegenüber 36,3 % im Vorjahr, die Kommunen und Genossenschaften usw. - die Dresdner Bank unterhält eine Genossenschafts-Abteilung als Spitzeninstitut für eine Reihe von Genossenschaftsverbänden - mit 10,9 % (im Vorjahr 10,4%), die Schwerindustrie mit 8 % (7,3%), die Maschinenindustrie mit 12,7 (12,3) die Chemie mit 12,5 (2,4) und die Landwirtschaft mit 2,2 gegenüber 1,8 im Vorjahr. Die Steigerung der an die Landwirtschaft gewährten Kredite erklärt sich durch den Bankrott der Hugenberg'schen Ostbank, die ja von der Dresdner übernommen wurde.

Dieser Bericht darf erst am Mittwoch Morgen veröffentlicht werden.

SPD. Der deutsche Aussenhandel ergibt im Februar im reinen Warenverkehr, aber einschliesslich Reparationssachlieferungen, einen Ausfuhrüberschuss von 158 Millionen Mark gegenüber 58 Millionen Mark im Monat Januar und etwa 45 Millionen Mark im Februar 1930. Was will aber ein Ausfuhrüberschuss von einund-einhalbhundert Millionen Mark besagen, wenn die Einfuhr ständig sinkt und z.B. die Rohstoffeinfuhr im Februar 1931 gegenüber dem Februar des vorigen Jahres um fast 200 Millionen Mark zurückgegangen ist?

Die Einfuhr im reinen Warenverkehr wird für Februar mit 620,3 Millionen Mark ausgewiesen. Dazu kommt noch eine Gold- und Silbereinfuhr in Höhe von 53 Millionen Mark. Von dieser Einfuhr entfallen 171,8 Millionen auf Lebensmittel (Januar 1931 = 213,3, Februar 1930 = 278,4) und 351,4 Millionen Mark auf Rohstoffimporte. Der Rohstoffimport betrug im Februar 1930 523,8 Millionen Mark. Es liegt also nicht nur ein wertmässiger Rückgang, der sich durch die Preissenkung auf den grossen Rohstoffmärkten erklären würde, vor, sondern auch ein mengenmässiger. Allerdings muss man in Rechnung stellen, dass sich die Verarbeiter während der Preisdepression immerhin mit Vorräten versehen haben. Andererseits müsste die festere Stimmung auf einzelnen Märkten die Einfuhr beleben, was leider noch nicht festzustellen ist.

Die Ausfuhr beträgt 733,2 Millionen Mark, dazu kommen Reparationssachlieferungen in Höhe von 45,1 Millionen Mark, sodass sich die Gesamtausfuhr auf 778,3 Millionen Mark stellt. Der Hauptposten entfällt auf Fertigwaren. Die Fertigwarenausfuhr wird für Februar 1931 mit 591 Millionen Mark angegeben; gegenüber dem Vormonat (575,1 Millionen) liegt eine Steigerung vor. Sie betrug aber im Februar 1930 nicht weniger als 755,9 Millionen Mark. Der Abfall ist also recht beträchtlich. Zugenommen hat im Februar der Export in Textilien, ebenso die Ausfuhr von Eisenbahnoberbaumaterial.

Anhaltspunkte für die Entwicklung des Aussenhandels könnte eine Umrechnung auf die arbeitstägliche Bewegung ergeben. Danach hat die Einfuhr im Februar arbeitstäglich 25,2 Millionen Mark ausgemacht gegenüber 24,8 Millionen im Januar. Die Ausfuhr an Reparationssachlieferungen hat sich von 27,9 Millionen im Januar auf 30,5 Millionen gesteigert. Die Steigerung im Export beträgt demnach etwa 9 %, was immerhin als hoffnungsvolles Zeichen zu registrieren ist.

-----

SPD. Terminweizen wird an der Berliner Börse mit über 300 Mark pro Tonne bezahlt und es ist damit zu rechnen, dass sich die Weizenpreishausse der Vortage demnächst wiederholen wird. Nun ist die Regierung durch das Zollermächtigungsgesetz von April 1930 verpflichtet, den Weizenzoll zu ändern, wenn das die Entwicklung des Weizenpreises erfordert. Dabei soll ein Preis von 260 Mark pro Tonne als Jahresdurchschnittspreis gelten. Aus dem Gesetz geht aber nicht hervor, auf welcher Grundlage dieser Jahresdurchschnittspreis berechnet werden soll; unklar bleibt, ob im Gesetz das Wirtschaftsjahr gemeint ist oder die 12 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes. Entscheidet man sich für die letzte Auffassung und legt der Berechnung die Zeit von April 1930 bis März 1931 zugrunde, so ergibt sich, dass der Jahresdurchschnittspreis von 260 Mark bereits um 5,30 Mark überschritten worden ist. Nimmt man das Wirtschafts- oder Erntejahr, das von August bis Juli läuft, als Grundlage der Berechnung, so ist der tatsächliche Jahresdurchschnittspreis schon um 8,10 Mark übertroffen. Wir müssen aber mit weiteren Weizenpreissteigerungen rechnen. Die inländischen Weizenvorräte haben sich nämlich verknappt. Dazu kommt ein Weizenzoll, der mehr als doppelt so hoch ist als der Weltmarktpreis. Es kann nur eins geben, entweder weitere Weizenpreissteigerung oder eine Ermässigung des Weizenzolls. Will die Regierung eine weitere Preistreiberi in Weizen unterbinden, dann muss sie den Weizenzoll senken oder sie setzt sich dem Vorwurf aus, dass sie Gesetze sabotiert, die sie dem Reichstag selbst vorgelegt hat.

Durch das oben erwähnte Gesetz ist die Regierung auch verpflichtet, 6 Monate nach der letzten Zollerhöhung die Notwendigkeit einer Herauf- oder Herabsetzung des Zollsatzes für Weizen zu prüfen. Die letzte Zollerhöhung, von 18,50 auf 25 Mark pro Tonne, erfolgte im Oktober 1930. Ende April muss sich also auf Grund des Gesetzes die Regierung darüber schlüssig werden, ob sie den Weizenzoll heruntersetzen will. Es wäre aber der Regierung zu empfehlen, dass sie sich schon jetzt zu einem Entschluss aufrafft. Eine Heruntersetzung des Weizenzolls im jetzigen Augenblick würde der Wirtschaft nachher einen jähen und unmitttelbaren Preisfall ersparen. Für die Landwirtschaft ist es auch günstiger, das Preisniveau bis zur neuen Ernte auf der jetzigen Höhe oder etwa darunter zu belassen, anstatt die Preise auf einen Stand zu treiben, der sich später nicht halten lässt. Hinsichtlich des Verbraucherschutzes muss die sofortige Heruntersetzung des Zolls unbedingt gefordert werden. Wir verweisen nur darauf, dass die Erhöhung der Getreidepreise in der letzten Zeit zu Verhandlungen in den Bäckerinnungen geführt hat, den Brotpreis um 4 Pfennig heraufzusetzen. Das würde aber die ganze Preissenkungsaktion der Regierung illusorisch machen.

SPD. In dem langen Hin und Her um die Gewährung einer Finanzhilfe für die Elektrowirtschaft Berlins scheint jetzt eine Entscheidung heranreifen zu wollen und zwar so, dass die öffentliche Hand die Majorität in der Berliner Elektrizitätswirtschaft behält. Die Initiative in den langen Verhandlungen lag bei der Preag (Preussische Elektrizitäts A.G.) Die Wendung in den Verhandlungen stellt sich so dar: Die Berliner Elektrizitätswirtschaft wird in einer besonderen Gesellschaft, die Berliner Kraftwerke A.G., eingebracht, die mit einem Kapital von 240 Millionen Mark ausgerüstet ist. Die Verteilung des Kapitals ist so geplant, dass die öffentliche Hand die Majorität behalten würde. Das Angebot sieht zwei Serien von Aktien vor, eine in Höhe von 160 Millionen mit einfachem Stimmrecht und eine zweite von 80 Millionen mit doppeltem Stimmrecht. Von den 160 Millionen will ein amerikanisches Bankenconsortium 80 Millionen übernehmen, eine europäische Bankgruppe 40 Millionen und ein deutsches Konsortium, zu dem u.a. die Preussische Staatsbank und die Reichskreditgesellschaft gehören, ebenfalls 40 Millionen. Die zweite Serie von 80 Millionen soll so aufgestellt werden, dass die Stadt Berlin kostenlos 30 Millionen Aktien erhält, die Preag (Preussische Elektrizitätsgesellschaft) 25 Millionen und die Reichselektrowerke ebenfalls 25 Millionen. Man hat errechnet, dass der Stadt aus diesem Geschäft insgesamt 570 Millionen Mark zufließen werden. In diesem Zusammenhang ist Berlin ein sofortiger kurzfristiger Ueberbrückungskredit von 75 Millionen angeboten worden.

Wir könnten uns für Berlin ein günstigeres Angebot denken, schon aus dem Grunde, weil es sich hier um ein für die Geldgeber risikoloses Geschäft handelt. Andererseits muss man berücksichtigen, dass es sich dabei um ungeheure Summen handelt, die nur von grossen Instituten gemeinschaftlich aufgebracht werden können, und dass die Elektrowirtschaft Berlins in den kommenden Jahren einen solchen Bedarf an Neuanlagen haben wird, dass man auf die Hilfe grosser internationaler Finanzinstitute gar nicht verzichten können. Billiger wäre die Finanzhilfe für Berlin geworden, wenn man das Geld durch Herausgabe von Obligationen hätte besorgen können. Dafür sind die Märkte aber noch nicht reif. Die ausländischen Geldgeber haben an deutschen Obligationen in den letzten Monaten viel Geld verloren. Auch hier wirkte sich die durch das Anwachsen der rechtsradikalen Bewegung verursachte Vertrauenskrise aus. Man könnte sagen, Berlin bezahlt die Finanzhilfe teuer, weil man am 14. September in Berlin beträchtlich nationalsozialistisch gewählt hat.

Mühen ohne Bedarf.

(Berliner Getreidebörse vom 16. März)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Montag wieder in matterer Stimmung. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen im Durchschnitt um ca. 2 Mark niedriger, konnten sich jedoch beim Roggen im Verlaufe der Börse wieder leicht befestigen. In effektiver Ware ist das Angebot an Roggen nicht stärker geworden. Die Kauflust hat aber nachgelassen, so dass die Preise um etwa 2 Mark nachgeben mussten. Weizen, der stärker angeboten war, ging gleichfalls um 2 Mark zurück. Auch zu dem ermässigten Preise war es schwer, Käufer zu finden. Das Mehlgeschäft ist wieder äusserst zusammengeschrumpft, sodass bei den Mühen wenig Bedarf besteht. Ihre Forderungen für beide Sorten lauten zwar noch unverändert, aber es macht sich doch schon wieder mehr Entgegenkommen bemerkbar. Hafer hatte im allgemeinen fast steige Tendenz.

	14. März	16. März
	(ab märkische Station i. Mk.)	
Weizen	293 - 295	289 - 291
Roggen	185 - 187	183 - 185
Braugerste	220 - 230	220 - 230
Futter- und Industriergerste	205 - 220	205 - 220
Hafer	158 - 164	160 - 164
Weizenmehl	35,00 - 41,25	35,00 - 41,00
Roggenmehl	26,70 - 30,00	26,50 - 29,80
Weizenkleie	13,25 - 13,50	13,30 - 13,60
Roggenkleie	12,25 - 12,50	12,50 - 12,75

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen März 301 (Vortag 300), Mai 303 - 302½ (306), Juli 300½ - 30L (306). Roggen März 200 (202½), Mai 202-202½-202 (203½), Juli 198-197¾ (199), Hafer März 171 (170), Mai 176½ - 177½ (177½), Juli 184½ Geld (184¾).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, vollfrische, gestempelte, über 65 g 11¼, über 60 g 9¾, über 53 g 8, über 48 g 7½. Aussortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen 18er 11½, 15½ bis 16er 9¾, Holländer 68 g 11½, 60 - 62 g 9½ - 10. Rumänen, Ungarn, Jugoslawen 7¼ - 7¾, kleine, Mittel-, Schmutzeier 6½ - 6¾. Witterung: schön. Tendenz: flau.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,20 bis 1,40, Rote und Odenwälder Blaue 1,30 bis 1,50, andere gelbfleischige Kartoffeln (ausser Nierenkartoffeln) 1,80 bis 2 Mark. Fabrikkartoffeln 7½ Pfennig je Stärkeprozent.



# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 16. März 1931

## Die Brunnenbauer.<sup>x</sup>

SPD. Voll idyllischer Schönheit, oft gelobt von den durchreisenden Fremden, liegt das Dorf Mengelbronn im Maingau. Im heiteren Flusstal folgen die Reihen der alten fränkischen Bauerngehöfte der leisen Krümmung des Flusses. Sanft steigen die Felder und Weinberge die Anhöhen hinauf. Würzig und voll verhaltenem Feuer ist der Wein, den man im Herbst in den Bergen keltert, und heiter und fröhlich leben seit alten Zeiten die Menschen in Mengelbronn.

Von eben diesem Dorfe aber drängt es mich eine Geschichte niederzuschreiben, die sich zwar schon vor einigen Jahren zutrug, die aber immer noch im Gedächtnis der Mengelbronner weiterlebt.

Hubert Gesell, der am hintersten Ende des Dorfes wohnte, hatte von seinem Vater nicht nur Haus, Hof und den schönsten Weinberg des Dorfes geerbt, sondern, wie es schien, auch einen guten Teil von dessen Pfiffigkeit und echter Bauernschlauheit, die sich von Zeit zu Zeit in einem lustigen Streiche Luft machten.

Seit geraumer Zeit trug er sich mit dem Gedanken, einen alten, verschütteten Brunnen unweit seines Hauses wieder freizulegen. Da er aber geizig war, wie alle Bauern in Mengelbronn, und sich über jeden ausgegebenen Taler, so ihn die Ausgabe vermeidbar dünkte, oft tagelang ärgerte, beschloss er, das Werk, das die Bauern für gewöhnlich den alten Brunnenbauer aus dem Nachbardorfe verrichten liessen, ganz allein auszuführen, im jedermann zu beweisen, dass ein echter Mengelbronner zu allem geschickt sei.

So begann er eines Morgens mit Hacke und Spaten zu graben. Er arbeitete wacker darauf los, und nach anderthalb Tagen, die ihn manchen Tropfen Schweiß kosteten, hatte er den grössten Teil des Brunnens freigelegt. Es galt nur noch, die aufgeschütteten Erdmassen beiseite zu schaffen. Als er am Abend im Wirtshause sass, meinte er denn auch, zu den andern Dorfbewohnern mit listigem Augenblinzeln, dass es doch ein Leichtes sei, sich den teuren Brunnenbauer zu ersparen. Und während ihn noch die andern ansahen, leerte er fröhlich im Gedenken an die vielen gesparten Taler sein Glas, bot dann allen "Gute Nacht" und machte sich auf den Heimweg.

Aber als er anderntags in der Frühe seiner Arbeit nachging, widerfuhr ihm das Missgeschick, dass sich infolge einer Unvorsichtigkeit die am Rande des Brunnenschachtes aufgeschütteten Erdmassen lösten und herabstürzten. Sie füllten den Brunnen von neuem, und ehe es sich Hubert versah, war die Arbeit der vergangenen Tage umsonst gewesen. Somit hätte er nun - und das erschien ihm bitter genug - von vorn beginnen müssen, zu graben, und obendrein den Spott des ganzen Dorfes geerntet, als ihm mit einem Male ein Einfall kam, der allen Verdross von seinem Gesichte fegte.

Er stiess seinen Spaten in die Erde, hängte darauf Hut und Rock, sah sich noch einmal um und verliess dann den Schauplatz seiner Niederlage, um sich mit einem herzhaften Frühstück für das erlittene Missgeschick zu entschädigen.

So lag der Brunnen verlassen da; Hut und Rock, sichtbar aufgepflanzt, bewegten sich schwach im Morgenwinde, als man Stimmen hörte und den einsamen Feldweg entlang zwei Männer aus dem Dorfe vorbeikamen. Sie blieben stehen, sahen den Rock wie ein Notzeichen über der Grube wehen und meinten sogleich, dem armen Hubert sei ein Unglück geschehen. Sie begannen also beide unverzüglich an die Arbeit zu gehen und aus Leibeskräften zu graben. Denn nichts Gerin-

geres erwähnten die Guten, als dass der unglückliche Brunnenbauer unter all den Erdmassen verschüttet liege.

Sie gruben wohl eine volle Stunde, da kam ihnen ein Dritter zu Hilfe. Schaufel um Schaufel flogen heraus. Die Sonne brannte, und der Schweiss rann den Männern in hellen Tropfen von der Stirn. Doch sie achteten nicht darauf, feuerten sich wohl gar noch mit Zurufen an und waren ins geheim von dem trüben Gedanken geplagt, am Ende nur noch Leiche des braven Hubert zu bergen.

So erreichten sie endlich die Sohle des Brunnens, ohne jedoch eine Spur von Hubert zu entdecken. Umso fieberhafter begannen sie weiterzuarbeiten und den Rest der Erde mit ihren Schaufeln hinauszwerfen - als sie plötzlich von oben eine Stimme hörten, die ihnen nicht unbekannt war. Und als sie nun ans Licht krochen, stand dort oben gerade jener Hubert, den sie im stillen schon zu den Toten gerechnet hatten, wohlbehalten und, wie es schien, auch guter Dinge.

"Na", meinte er, "seid auch schön bedankt! Das bisschen, was noch unten liegt, hol' ich mir schon selber heraus".

Da wären sie wohl alle drei, als sie sahen, dass sie seiner List ins Garn gegangen waren, schön zornig geworden, unsre geprellten Retter, die dem Hubert unversehens seine Arbeit abgenommen hatten. Aber der erriet ihre Gedanken und lud sie, diesmal seine Knauserei vergessend, zu einem Krüge Most ein, damit sie sich, wie er schmunzelnd meinte, von ihrer schweren Arbeit stärken sollten. Und, wie gesagt, er hatte den schönsten Weinberg des Dorfes. So verging ihnen in Gedanken daran der Zorn, und sie schworen sich im stillen, sich am Wein für die erlittene Unbill nach besten Kräften schadlos zu halten.

Alfred Prugel.

#### Gasmasken aufsetzen.

SPD. Die Gasmaske ist uns zum scheusslichen Symbol des Krieges geworden. Aber sie ist nicht nur ein Stück des Kriegshandwerks. Man staunt, wenn man hört, wie viele Gasmasken heute im Bergbau und in der chemischen Industrie verwandt werden. Vielerorts sind auch die Feuerwehr und die Polizei vollkommen mit Gasmasken ausgerüstet, und ebenso legen sich die Sanitäter und freiwilligen Samariterkolonnen dieses Requisite zu.

Seit einiger Zeit gibt es in Oranienburg bei Berlin eine Gasschutzschule, an deren Kursen sich jeder Interessierte unentgeltlich beteiligen kann. Fast in ununterbrochener Folge finden die Kurse statt. An ihnen nehmen in erster Linie Feuerwehrleute, Sanitäter, Ingenieure, Arbeiter und Angestellte der verschiedensten Industriezweige teil. Einige der Lehrer sind mit den Übungsapparaten fast dauernd unterwegs, geben heute in Nord-, morgen in Mittel-, übermorgen in Süddeutschland einen Kursus. Die Kurse dauern durchschnittlich einen bis drei Tage und umfassen einen theoretischen und einen praktischen Teil. Im theoretischen Teile lernt man zuerst die nicht sehr erquickliche Tatsache, dass es zweihunderttausend verschiedene Atemgifte gibt, von denen zum Glück allerdings nur wenige von Bedeutung sind. Die Giftwirkung dieser vielen heimtückischen Stoffe lässt sich in drei Gruppen einteilen, Man unterscheidet erstens die Aetz- oder Reizgase, die die Atemwege zerstören. Zu ihnen gehören beispielsweise Ammoniak, Chlor, Phosgen, schweflige Säure. Die zweite Gruppe bilden die sogenannten Blutgifte, die ins Blut gehen. Das ist vor allem das gefürchtetste, weil häufigste Giftgas: Kohlenoxyd, ferner die Blausäure. Die dritte und letzte Gruppe bilden die Nervengifte, so genannt, weil sie ins Nervensystem gehen und dieses, besonders das Rückenmark, angreifen. Hierher gehören unter vielen anderen Benzol und Toluol. Eine Menge anderer Gase vereinigen in ihrer Wirkung zwei oder alle drei Gruppen in sich. Das Kohlenoxyd ist ein sehr schweres Gift, das aber erfreulicherweise darum ziemlich harmlos

ist, weil grosse Mengen notwendig sind, um schädigende oder gar tödlich Wirkungen hervorzurufen. Da die Konzentration eines Gases von ausschlaggebender Wirkung ist, hat man sogenannte "Giftzahlen" aufgestellt, die angeben, bei welcher Menge ein Giftgas tödlich ist. Während zum Beispiel bereits vierhundert Milligramm Phosgen in einem Kubikmeter Luft tödlich sind, stellt sich diese verheerende Wirkung erst bei fünfundzwanzigtausend Milligramm Kohlenoxyd in einem Kubikmeter Luft ein. 0,05 % Kohlenoxyd eingeatmet verursachen bereits Schädigungen in Form von Kopfweg und Erbrechen; 0,5 % eine halbe Stunde lang eingeatmet, wirken tödlich. Daraus geht hervor, dass natürlich auch die Dauer der Einwirkung des Giftes bestimmend ist. Wie wichtig der Gasschutz ist, beweist der Umstand, dass achtzig Prozent aller Vergiftungen durch Atemgifte erfolgen, nur zwanzig Prozent dagegen durch den Magen und die Haut.

Schutzgeräte gegen Giftgas gibt es in dreierlei Formen. Das sind erstens die Sauerstoffgeräte, wie sie besonders im Bergbau Verwendung finden. Sie schliessen den Träger vollkommen von der Aussenwelt ab. In einer Sauerstoffflasche befinden sich zwei Liter Sauerstoff unter einem Druck von einhundert- und fünfzig Atmosphären, also dreihundert Liter Sauerstoff. Sie sind naturgemäss die schwersten Apparate, die die Arbeit des Trägers am meisten behindern, und werden nur da angewandt, wo in der vergifteten Luft nicht mehr genügend Sauerstoff vorhanden ist und die Zufuhr unvergifteter Luft von ausserhalb auf kurzem Wege nicht möglich ist. Die zweite Form sind Schlauchgeräte, die mittels eines Schlauches dem Menschen reine Luft zuführen. Sie werden besonders beim Einsteigen in Kesselwagen und Brunnen benutzt, wo der mit dem Schlauchgerät geschützte Arbeiter keine längeren Wegstrecken zurückzulegen hat. Dann gibt es die sogenannten Filtergeräte, die mittels eines Filters die Giftstoffe aus der verpesteten Luft absorbieren und dem Menschen die so gereinigte Luft zum Atmen zuführen. Das sind die einfachsten, leichtesten und billigsten Geräte; es ist auch die aus dem Kriege bekannte Gasmasken. Sie wird in etwa achtzig Prozent aller Fälle benutzt, und nur, wenn sie aus irgendwelchen Gründen nicht genügt, wenn die Giftkonzentration zu stark oder der Sauerstoffgehalt der giftigen Luft zu gering ist, greift man zum Schlauch- oder zum Sauerstoffapparat.

Nach einige theoretischen Unterrichtsstunden kommen die praktischen Übungen. Jeder Kursusteilnehmer bekommt eine Gasmasken verpasst. Drei verschiedene Grössen gibt es, die aber alle so konstruiert sind, dass diese drei Grössen für alle möglichen Gesichter passen. Man hat sie in der letzten Zeit sehr stark vervollkommenet. Während die im Kriege verwandte Gasmasken beispielsweise nur fünfundzwanzig Prozent des Gesichtsfeldes frei liess und dadurch ausserordentlich behindernd wirkte, lassen die heutigen Gasmasken siebzig Prozent des Gesichtsfeldes frei. Man will kaum glauben, wie ausgeklügelt diese kleinen Dinger sind. Fast jeder Schnitt und jede Naht sind besonders patentiert. Sorgsam muss jeder einzelne Akt der Herstellung überwacht, jede Naht geprüft werden, ob nicht ein Stich ausgelassen, eine Stelle der Naht nicht richtig vulkanisiert ist, damit nicht durch irgend eine kleine Lücke doch ein wenig Luft und mit ihr Gift eindringen kann. Hat jeder eine Gasmasken bekommen, dann wird sie in dem Gasraum überprüft. Zum ersten Male tritt man, die Masken am Gesicht, vorsichtig in diesen Raum. Er ist, da Giftgase uns durch den Versailler Vertrag verboten sind und man beim Ueben kein überflüssiges Risiko auf sich zu nehmen braucht, mit Tränengas gefüllt. "Wollen Sie einmal ein klein wenig die Wirkung des Tränengases an sich verspüren?" fragt der Lehrer. "Ja". Und mit der Fingerspitze lüftet er ein wenig den sich fest an die Haut gepressten Rand der Gasmasken. Ein wenig Gas muss durch die Lücke eingedrungen sein. Man spürt ein Kratzen und Ziehen auf der Haut, und die Augen kämpfen mit Tränen. Ist so der vollkommene Sitz der Gasmasken an allen Kursusteilnehmern festgestellt, dann beginnen ein paar Übungen, die einen daran gewöhnen sollen, sich auch mit der Gasmasken zu bewegen, richtig zu atmen und körperlich schwere Arbeit zu verrichten, die eine stärkere und schnellere Atmung erfordert.

Aber das Anstrengendste, Schwierigste und Wichtigste kommt erst. Es ist die letzte Aufgabe und gewissermassen die "Abschlussprüfung" dieser Schule: die Arbeit in der Uebungsstrecke. Ein langer, schmaler Gang wird fast gänzlich abgedunkelt und mit Nebeln gefüllt. In ihm, meist am Ende, wird eine Puppe versteckt, die 180 Pfund wiegt. Aufgabe: der Verunglückte soll gesucht und gerettet werden. Mit Schutzkleidern und Gasmasken kriechen die Ingenieure in die Uebungsstrecke. Allerhand Gerümpel macht den Weg schwer; man sieht nicht die Hand vor den Augen; es geht Stufen hinauf, Stufen hinunter; plötzlich scheint der Weg ganz versperrt; nur ein kleines Loch ist da, durch das man kriechen muss. Dann fühlt man plötzlich eine eiserne Leiter vor sich, die senkrecht nach oben geht. Man klettert einen Steigturm hinauf. Kaum ist man oben, so muss man auf der andern Seite wieder hinunter. Dann folgt eine hindernisfreie Strecke. Man geht sie noch vorsichtiger, noch tastender, weil man glaubt, dass hinter ihr ein besonderes Hindernis kommt. Endlich findet man schnaufend und nicht wissend wo man ist, die Puppe. Jetzt heisst es wieder zurück, die schwere Puppe hinter sich, vor sich, auf sich tragend. Wieder geht es über Kasten und Kisten, Rohre, den Steigturm hinauf, den Steigturm hinunter, durch enge Löcher. Den gleichen Weg, den man endlich zurückgelegt hatte, muss man nun mit der Belastung von fast zwei Zentnern erneut machen. Aber schliesslich ist man am Ziel. Die Nebel werden etwas dünner; es wird lichter; der Verunglückte ist geborgen. Schwitzend reisst man sich die Maske vom Gesicht und atmet wieder frische Luft. Und während man sich langsam von den Strapazen und von den gewonnenen Eindrücken erholt, versammelt man sich noch einmal im Hörsaal der Gasschutzschule, um in einer abschliessenden Diskussion die letzten Fragen zu stellen und beantwortet zu bekommen, die sich einem während den Uebungen aufgedrängt haben.

Mario Mohr

---

### Sturmflut.<sup>x</sup>

---

SPD. In unsern Tagen liest man zumindest jeden Monat einmal von einer verheerenden Sturmflut, die irgendwelche ozeanischen Gebiete heimgesucht und verwüstet hat. Nicht weniger oft kommt die Kunde von einer fürchterlichen Vulkankatastrophe, die ganze Ortschaften vernichtete. Die Ereignisse sind in der Regel so weit von unsern eigenen Breiten entfernt, dass unser Interesse daran zumeist nicht gerade gross ist. Und doch hat es auch an unsern Meeresküsten Zeiten gegeben, wo das Unheil mit Blitzesschnelle über die Bewohner hereinbrach und in einem kurzen Zeitraum Menschen und Vieh vernichtete. In grösstem Ausmassе sogar.

Erst ein gutes Jahrhundert ist es her, seitdem im Februar 1825 die Marschengebiete an der Nordsee durch eine gewaltige Sturmflut heimgesucht wurden. Niemand war sich damals der Gefahr bewusst gewesen. Gegen Mitternacht hatte das rasende Wasser die Dämme erst überflutet, dann teilweise ganz durchbrochen. In aller Eile flüchteten in den überschwemmten Dörfern die verzweifelten Menschen auf die Dachböden und schliesslich, als das Wasser immer weiter stieg, gar auf die Dächer, um wenigstens das nackte Leben in Sicherheit zu bringen. Zwei volle Tage lang sassen so Tausende in grösster Not verzweifelt auf Dächern, Bäumen oder in Kirchen, um dem Tode zu entgegen, während in den Wohnungen ihr Hausrat umherschwamm, ja, viele Häuser ganz zerstört wurden. Und wohl denen, die aushielten, die nicht der Kälte, der ständigen Angst und den sonstigen Fährnissen zum Opfer fielen! Als sich das Wasser verzogen hatte, stellten die Behörden fest, dass insgesamt an der deutschen, holländischen und dänischen Küste nicht weniger als 800 Menschen, 21.000 Rinder, 1.000 Pferde und gegen 20 000 Schweine und Schafe umgekommen waren. Etwa 12000 Gebäude waren zerstört.

Reichlich hundert Jahre früher, zu Weihnachten 1717, war das Wasser= unheil noch viel fürchterlicher gewesen, Auch damals war ganz überraschend eine Springflut gekommen. Just um die Zeit, als die Bevölkerung unterm Weih= nachtsbaume sass. Im Augenblick stand damals der Tod vor der Tür. Fürchter= licher Sturmwind umheulte die Behausungen der Menschen; die schäumenden Wasser zerbrachen Türen und Fensterscheiben; sie rissen vielfach die Gebäude nieder und führten Menschen und Hausrat mit sich fort. Felder wurden aufgewühlt und Bäume entwurzelt; die einstürzenden Mauern begruben Menschen und Vieh unter sich. Jene Weihnachtsflut hat den umfangreichsten Schaden angerichtet, den die Geschichte der Sturmfluten kennt. Die Chronik meldet, dass in den von ihr heim= gesuchten Gebieten gegen 11 500 Menschen, 44 000 Rinder, 36 000 Schafe, 9 700 Pferde und 9 800 Schweine umgekommen seien. 4 490 Häuser waren eingerissen. Am schlimmsten war die deutsche Ostfrieslandküste betroffen worden.

Wieder hundert Jahre zuvor, im Februar 1625, sind Oldenburg und Ostfries= land vom Wasser verheert worden. Zwischendurch waren noch in den Jahren 1634 und 1686 furchtbare Wassereinbrüche gewesen. Wieder gab es viele Opfer an Mensch und Tier. Die im Oktober hereingebrochene Flut von 1634 hatte auf den schleswigschen Inseln gegen 6 000 Menschenleben gefordert. Auch im März des Jahres 1625 hat der Tod durch eine grässliche Wassersnot reiche Ernte gehalten. Nicht überall ist das Meerwasser nach seinen Einbrüchen wieder abgezogen; hier und da sind weite Strecken im Besitz des Wassers geblieben. Das Meer hatte sich erweitert, hatte sich Dutzende blühender Ortschaften einverleibt und hat sie bis auf den heutigen Tag nicht wieder herausgegeben. Es blieb nichts wei= ter übrig: die schützenden Deiche, auf die man nach und nach von Staats wegen mehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt verwendete, und die man nicht mehr der blos= sen Lust und Liebe der Küstenbevölkerung überliess, mussten mehr landeinwärts gelegt werden.

In unsrer Zeit geht man freilich hier und dort auch zum Angriff über und holt stückweise das zurück, was das schäumende Meer einstmals den Vorfahren heimtückisch entriss. Die letzte grössere Sturmflut an der deutschen Nordsee= küste war vor jetzt dreissig Jahren. Sie fand an den festeren Deichen harten Widerstand und konnte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch Sachschaden anrichten.-

-e.

### ----- Wer hat die Geige erfunden?<sup>x</sup> -----

SPD. Man glaubt allgemein, dass die Geige, wie schon ihr gebräuchlicher, romanischer Name Violine verrät, italienischen Ursprungs sei. Ihr süsser Ton, der namentlich bei den Formen der Bratsche und des Cellos die Verkörperung der menschlichen Stimme zu sein scheint, kommt so sehr der italienischen Sang= gekunst nahe, dass man sich auch gar nicht versucht fühlt, an dieser altherge= brachten Ueberzeugung zu zweifeln. Und doch haben nicht die Italiener die Gei= ge erfunden, sondern ein Volk, von dessen ausserordentlicher musikalischer Be= gebung man in Deutschland eigentlich gar nichts weiss. Das sind die Slowennen, die kroatischen Bewohner der dalmatinischen Inseln und des adriatischen Kü= stenlandes.

In den oft bis zur völligen Dürre entwaldeten Felsenbergen der "dinari= schen Alpen", zwischen Fiume und Ragusa, dass wie ein morgendländisches Mär= chen gleichsam auf dem blauen Meere zu schwimmen scheint, wohnt ein sanges= freudiges, durch und durch musikalisches Völkchen, das sich die schwere Arbeit, seinem so kargen Heimatboden doch eine ge= ügende Ernte abzurufen, mit einer geradezu unglaublichen Menge von Liedern würzt. Die Wiederproduktion des kro=

etischen Volkes in Dalmatien übersteigt alle Vorstellungen. Im Schrifttum über die Kultur des Küstenlandes finden sich Angaben wie die, dass eine siebzigjährige, des Lesens und Schreibens unkundige Bäuerin aus dem Dorfe Schipan bei Ragusa einem Priester vor einigen Jahren nicht weniger als 40 000 Verse vortragen habe. Von dem bosnischen Volkssänger Vojnkovitsch ist es bezeugt, dass er 86 000 Liedverse mit ihren verschiedenen Melodien auswendig gewusst hat. Einzelne dieser Lieder, die bis zu dreitausend Versen haben, waren in Übersetzungen Goethe bekannt, und gerade von ihm liegt ein Urteil wenigstens über ihren poetischen Gehalt vor. Er vergleicht sie darin geradezu mit der "Ilias" des Homer.

Diese Lieder werden nun entweder ein- und zweistimmig ohne Instrumente gesungen, meist aber begleitet von einer ertümlischen Geige, die heute gewöhnlich Gusta heisst, früher aber direkt "Gega" genannt wurde. Eine solche Gusta oder Gega kann man fast in jedem dalmatinischen Bauernhause finden. Sie ist die älteste Form der Geige und wird schon im 10. Jahrhundert erwähnt. Mit einer Saite bespannt, heisst sie Gusta; der Spieler wird Gustligar genannt. Mit zwei Saiten bezogen ist die eigentliche Gega, die mit einem krummen Fiedelbogen gestrichen wird. Eine vollkommene Abart dieses Instrumentes hat drei Darmsaiten, und ihr ursprünglicher kroatischer Name ist Vijalo. In den von Italienern bewohnten dalmatinischen Städten wurde hieraus Viola und in der Verkleinerungsform Violine. Und von da aus traten Geige und Violine ihren Siegeszug durch die Welt der Kunst an. Sie sind in ihren gleichsam fossilen Formen aber noch immer in der so einsamen Welt der dalmatinischen Berge heimisch, wenn sie auch dort die gleiche Entwicklung mitgemacht haben wie die Violine in der grossen Welt. Sie werden nämlich nicht mehr zur Begleitung der Lieder, sondern hauptsächlich im Tanzorchester verwendet. In Italien und Tirol erreichte der Geigenbau seinen Höhepunkt und italienische und deutsche Künstler führten den Fiedelbogen zum Welttriumph. Die eigentlichen Erfinder aber mitsamt dem kunstsinnigen Volke, das dies alles hervorgebracht hat, wurden, wie das so oft bei grossen Erfindungen geht, vergessen.

---

#### Das neue Schinkel=Museum.

---

SPD. Endlich hat auch die Hinterlassenschaft Friedrich Schinkel's, die zusammen mit der Daniel Rauch's nach dem Abbruch des Rauch=Schinkel=Museums in Charlottenburg heimatlos geworden war, eine bleibende Stätte gefunden. Man war immerhin etwas pietätvoller mit ihr umgegangen als mit den Modellen des ehemals so gefeierten Bildhauers, für die nach der Schliessung seines gänzlich verwahrlosten und verfallenen Hauses in der Klosterstrasse in Alt-Berlin nirgends mehr Platz gewesen war. Die Schinkel=Sammlung wurde durch Kabinettsorder Friedrich Wilhelm IV. der Bauakademie in Berlin überwiesen, in deren Obergeschoss der Meister gewohnt hatte. Als dann die Bauakademie mit der "Gewerbeakademie" zur "Technischen Hochschule" umgewandelt wurde, die Sammlung dorthin überführt.

Es war ein glücklicher Gedanke, das neue Schinkel=Museum in der Gegend unterzubringen, die auf Schritt und Tritt von seinen Grosstaten zeugt: gerade gegenüber der "Neuen Wache", in nächster Nachbarschaft der Bauakademie, der Werderschen Kirche, des Alten Museums, des Schauspielhauses auf dem Gendarmenmarkt. Gleichzeitig konnte der ursprüngliche Plan von 1853, die Beuth'sche Sammlung mit der Schinkelschen zu vereinigen, in die Tat umgesetzt werden. Im Nachbargrundstück des Kronprinzenpalais, das als Filiale der Nationalgalerie dient, im Kopfbau des "Prinzessinnenpalais", sind die beiden Sammlungen an Schinkels 150. Geburtstag, am 13. März, der Öffentlichkeit übergeben worden. Dieser zweistöckige Bau, durch einen Schwibbogen mit dem Kronprinzenpalais ver-

bunden, ist 1811 von Heinrich Gentz, Schinkels Vorläufer, an einen Barockbau aus der Zeit Friedrich Wilhelms I. angefügt worden. Das neue Heim des Schinkel-Museums ist aussen und innen von jener schlichten Gedicgenheit, die der bürgerlichen Kultur um 1800 eigen war. Es ist mit seinen mässig grossen, farbig getönten Räumen ein geradezu wohnliches Museum geworden. Das ist gerade in diesem Falle besonders wichtig. Gilt es doch, nicht den Monumentalkünstler zu zeigen, sondern den Menschen Friedrich Schinkel zu belauschen mit all seinen Absonderlichkeiten und Schwächen. Seine eigentlichen Taten sprengen den Rahmen eines Zimmers, ja, selbst eines Saales: die stehen draussen auf den Plätzen von Berlin und vielen preussischen Provinzstädten bis nach Sachsen hinein. Das hier ist der inoffizielle, der bürgerliche Schinkel sozusagen. Von den Widerständen der Materie nicht gehemmt, von eitlen, engstirnigen Bauherren nicht gelähmt, entfaltet sich hier seine Phantasie in einem Ueberschuss an Projekten, in Skizzen und Gemälden.

Schinkel ist ja zuerst durch seine Gemälde berühmt geworden. In der Napoleonischen Zeit, als nicht einmal der Hof mehr sesshaft war, war an grosse Bauunternehmungen nicht zu denken. Da reiste der Neuruppiner Pastorensohn nach Italien und schwelgte in der Bewunderung von Rom, Neapel, Palermo. Mit erstaunlichem Fleiss hat er das alles in Zeichnungen festgehalten. In Paris mögen gotische Eindrücke hinzugekommen sein. Man kann nicht einmal behaupten, dass Schinkel sich vorwiegend an die Architekturbilder gehalten habe: er hat Landschaften gemalt, die an Kaspar David Friedrich, den Entdecker der nordischen Schönheit, erinnern, und grosse, allerdings masslos überfüllte Figurenbilder symbolischen Inhalts wie die seines frühverstorbenen Hamburger Zeitgenossen Runge: einen "Urzustand der Welt", "Das Menschenleben" von der Wiege bis zum Grabe, altheidnisch endigend mit der Einschiffung auf der Totenbarke des Styx. Er schildert die "Naturgewalt"; ja, er wagt es, ohne zu ahnen, dass er einmal ganz militärfromm werden würde, die "Kriegsgewalt" anzuprangern - freilich in zeitloser Gestalt, ohne jede Anspielung auf seine Zeit.

Schinkel war also in Wirklichkeit gar nicht so stockpreussisch, wie ihn seine offiziellen Lobredner hinstellen beliebten. Wenn es nach ihm gegangen wäre, er hätte sicher in üppige südliche Landschaften, etwa am Gestade eines ewig blauen Meeres, griechische Marmorpaläste, oder auf waldumrauschte Berggipfel phantastisch geheimnisvolle Kathedralen gestellt. Ein gütiges Geschick hat ihn und uns davor bewahrt, dass solche Projekte wie "Der Mailänder Dom auf der Höhe über Triest", das Schloss "Orianda" auf der Krim, das einen ägyptisch stilisierten "Kaisergarten" und ein "Museum" im Keller bekommen sollte, unter einem antiken Tempel, und - das Schrecklichste von allem - ein Königspalast auf der Akropolis von Athen ausgeführt worden sind. Aber auch die mammutartigen Denkmäler, die Schinkel zur Erinnerung an die Befreiungskriege und an Hermann den Cherusker für den Berliner Schlossplatz und auf einem Gipfel des Teutoburger Waldes geplant hat, wären wahre Ungetüme der Denkmalsplastik geworden.

Alle diese kühnen Träume durfte Schinkel zunächst einmal abreagieren, als er Theaterdekorateur wurde. Als das vorüber war, kamen der Zwang der königlich preussischen Bureaukratie und die Nüchternheit der märkischen Landschaft und der grossen Kaserne Berlin. Und siehe da: aus dem Schwärmer und Phantasten wurde der Mann, der neben Domkuppeln, Museum und Theater das Rathaus in Kolberg, die Wachthäuser am Leipziger Platz, am Neuen Tor und Unter den Linden, die Anatomie in Bonn und - den "Vater Philipp": das Militärarresthaus in der Lindenstrasse, bauen musste. Es ist immerhin bewunderswert, wie mühelos er sich umgestellt, und wie grundanständig und gediegen er alle diese ihn gewiss anöndenden Aufgaben gelöst hat.

Schinkel ist etwas ganz anderes geworden, als er eigentlich werden wollte. Aber das anbrechende bürgerliche Zeitalter nimmt ihn an die Hand und unterwirft ihn seinen Zwecken. Man sieht an diesem Beispiel nur wieder einmal, wie viel weniger es in der Kunst auf die "Persönlichkeit" ankommt als auf die Gesellschaft, das Kollektiv...

Hermann Hieber.

## Wo bleibt der zweite Mann!<sup>x</sup>

---

Als sich die Feldherrn im seligen Ruhme sonnten,  
als wir in den Gräben verkamen und nicht mehr weiter konnten,  
als unsre Frauen und Kinder zu Hause hungerten  
und die Etappenhengste noch immer nach Orden lungerten -  
Wer brach da endlich die Fesseln entzwei?  
Warst du, Genosse, nicht auch dabei!

Als wir uns die Republik und den Frieden geschaffen,  
als sie uns verlachten und höhnten, die Laffen,  
als sie an unserm Staat und unserer Fahne zerzten  
überall uns die Wege versperrten -  
Wer schützte den Staat, und wer blieb ihm treu?  
Warst du, Genosse, nicht auch dabei!

Und wenn sie mit doppeltem Mute jetzt eifern,  
und wenn sie mit doppelten Mäulern geifern,  
so schreiten auch wir zu doppelter Tat.  
Zwei Kämpfer für einen! Es gilt unsern Staat!  
Es gilt unsern Staat und es gilt die Partei!  
Bist du, Genosse, nicht auch dabei!?

Rudolf Gottschalk.

---

SPD. Frommer Wunsch.<sup>x</sup> Der englische Dichter Thackeray ging einmal in London spazieren. Ein Bettler hielt ihn mit einem grossen Schwall von Worten an. Als er sah, wie Thackeray die Hand in die Tasche steckte, sagte er: "Möge das Glück ihnen überallhin nachfolgen...!" Als er jedoch bemerkte, dass Thackeray nur seine Schnupftabaksdose hervorzog, fügte er hinzu: "...aber Sie niemals einholen---!"

---

SPD. Romantik vom Montmartre.<sup>x</sup> Der berühmte Kabarettist und Sänger Aristide Bruant lag einmal betrunken in der Rue Lépic. Ein befreundeter Maler fand ihn und hob ihn auf. "Wie spät ist es?" gluckste Bruant. "Vier Uhr nachts", erwiderte der Freund.

"Vier Uhr nachts! Und noch nicht auf die Wache gebracht! Ein verdammt verlotterter Polizeibetrieb...!" schimpfte Bruant.

---

SPD. Ein schöner Freund.<sup>x</sup> Der Schauspieler Max Pallenberg trifft seinen Kollegen Max Adalbert. "Grüss Gott, alter Knabe! Sehr erfreut, dich zu sehen. Hatte gehört, du wärest gestorben. Es freut mich, dass du noch lebst!"

"Schöner Freund bist du", erwidert Adalbert, "Du bist also nicht mal zu meiner Beerdigung gegangen!"

---

SPD. Wer Politik und Moral voneinander trennen will, der versteht weder das Eine noch das Andere.

---



# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S + P + D

Nr. 21.

Berlin, den 16. März 1931.

## Frauenbewegung in Bulgarien.<sup>x</sup>

SPD. Für eine kräftige sozialistische Frauenbewegung im Rahmen einer modernen Arbeiterpartei fehlen in dem Bauernlande Bulgarien heute noch die Voraussetzungen. Zwar sind viele bulgarische Frauen als Arbeiterinnen in Tabakfabriken beschäftigt, doch spielt sich ihr Leben noch in den traditionellen Formen einer geistig unerweckten Epoche halbwegs orientalischen Charakters ab. Noch gehen in Bulgarien die Bauernfrauen, denen tagsüber die schwerste Arbeit in Haushalt und Landwirtschaft obliegt, Abends mit der Spindel in der Hand durch die Dorfstrassen, und den farbig leuchtend phantasievollen Stickereien, diesen vielbewunderten Produkten bulgarischer Volkskunst, sieht man es nicht an, dass sie mit den letzten, fast schon versagenden Kräften körperlich verbrauchten Frauentums geschaffen wurden. Mit dreissig Jahren ist die bulgarische Bäuerin, entkräftet durch härteste Arbeit und zahlreiche Geburten, oft eine Ruine. Moderne westliche Ideen von Frauenbefreiung und neuer Lebensgestaltung finden da schwerlich Eingang. So ist es nicht verwunderlich, dass von diesen Ideen zunächst einmal nur die Frauen der gesellschaftlich gehobenen städtischen Schichten erfasst wurden, und dass allein die Lehrerinnen diese Ideen als einsame Pionierinnen zu den Landfrauen hinaustragen, die in oft unbeschreiblicher Armut ihre einzige Zuflucht in der starren, primitiven Religiosität des griechisch-katholischen Glaubens mit seinem Bilder- und Ikonenfetischismus suchen.

Eine Studienreise von Führerinnen der bulgarischen bürgerlichen Frauenbewegung im Herbst des vergangenen Jahres nach Deutschland diente dem Studium deutscher sozialer und pädagogischer Einrichtungen. Während in der Vorkriegszeit gemäss jahrhundertalter Tradition und naher Stammesverwandtschaft kulturelle Anlehnung vor allem bei Russland gesucht wurde und bulgarische Männer und Frauen zum Studium auf russische Universitäten gingen, orientiert sich Bulgarien heute von Sowjetrussland fort und ganz nach Deutschland hin. Nach dem Kriege überwog die Zahl bulgarischer Studenten und Studentinnen die aller anderen fremden Nationen an den deutschen Hochschulen. Schon seit 1901 können bulgarische Studentinnen auch an der heimischen Universität Sofia ihre Ausbildung erhalten, wo sie, wie ebenfalls an der dortigen Privathochschule, ein Viertel aller Studierenden ausmachen. Die meisten von ihnen werden Lehrerinnen, die Minderzahl Ärztinnen und Pharmazeutinnen. Zur Richterlaufbahn ist die bulgarische Frau zwar noch nicht zugelassen, doch wird dies wohl in nächster Zeit ebenfalls geschehen. Die Vorsitzende der bulgarischen bürgerlichen Frauenbewegung, Dimitrana Ivanova, hat noch in reiferem Alter in Sofia das Studium der Rechte absolviert, um als Advokatin für die Rechte der Frauen und Kinder zu wirken.

Heute bestehen in Bulgarien 76 Frauenverbände, die oft bildhafte Namen tragen, wie "Maika" (die Mutter), "Radost" (die Freude), "Dobrotjetel" (Die Wohltat) usw., und die in dem zentralen "Bulgarischen Frauenbund" zusammengeschlossen sind, der auch eine Zeitschrift "Dschénski Glas" (Frauenstimme) herausgibt und seinerseits den grossen internationalen Frauenverbänden angeschlossen ist. Der wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des Landes entsprechend liegt das Schwergewicht der organisierten Frauentätigkeit in Wohlfahrtspflege, in der Arbeit vor allem um die Besserung des Loses des bemitleidenswerten bulgarischen Kindes. Auf dem Lande werden Krippen eingerichtet; Beratungsstellen

unterrichten die Bäuerinnen über die elementarsten Gebote von Säuglings- und Kleinkinderpflege; eine Erholungsfürsorge für Kinder ist auf breitester Grundlage aufgebaut, indem in den Ferien Schulen, Klöster und Heime in Seebädern den erholungsbedürftigen Kinderneingeräumt werden. Ausserhalb der Städte sind Kinder in Ferienkolonien unter Aufsicht der Lehrer untergebracht. Ueber die Verschickung bestimmen "Schulkommissionen", die im Verein mit dem Unterrichtsministerium und den Frauenverbänden arbeiten. Dass sie in diese Kommissionen gewählt werden dürfen, ist das einzige, noch dazu nur passive Wahlrecht, das den bulgarischen Frauen bis heute zusteht. Eine schöne, symbolische Krönung findet das Hilfswerk am Kinde in einer grossen Jahresfeier, dem "Tag des Kindes", der seit 1926 am ersten Sonntag nach Ostern in jeder Stadt des Landes bis zum kleinsten Dorfe festlich begangen wird. Behörden, Schulen, Kirchen und Stadtverwaltungen leihen dem Fest ihre Unterstützung. Kinder als freiwillige Helfer verkaufen Blumen und Aufrufe und sammeln Geld, sodass jedesmal fast eine Million Lewa zusammenkommt, die dann dem Ausbau der Erholungsfürsorge dient.

Ein anderes Tätigkeitsgebiet der bulgarischen Frauenbewegung ist der Ausbau der "Professionellen Schulen" (Fachschulen) für Schneiderinnen, Putzmacherinnen, Hausgehilfinnen usw. In einer Zentrale werden die reizvollen Erzeugnisse bulgarischer Heimatkunst - Webereien, Stickereien, Holzmalereien - zum Versand zusammengetragen. Diese Stelle steht unter der Leitung von Julia Malinowa, der russischen Gattin des einstigen bulgarischen Ministerpräsidenten. - Schon seit fünfzig Jahren steht den Mädchen der Besuch der Knabengymnasien offen; demnächst sollen besondere Mädchengymnasien geschaffen werden, eine Neuerung, der die bulgarische Frauenbewegung mit recht gemischten Gefühlen gegenübersteht. Um das Beste daraus zu machen, hat die erwähnte Studienkommission sich besonders mit dem höheren Mädchenschulwesen in Deutschland beschäftigt.

Wie lange noch mag es dauern, bis dies tüchtige, aufwärtsstrebende Volk eine Frauenbewegung auf proletarischer Grundlage dieser sehr rührigen bürgerlichen Frauenbewegung entgegenstellen kann?

---

### Die letzte Frist - dem Glück!X

---

SPD. Auf dem Theaterzettel besonders hervorgehoben wird der Name: Carola Hester. Carola Hester ist Diva, eine der bewundertsten Frauen der Stadt, eine Künstlerin, auf deren Erscheinen die beste Gesellschaft Wert legt.

Weder auf dem Theaterzettel noch in den Zeitungen - nur in den Personal- und Gagenlisten eben dieses Operetten-Theaters - erscheint ein anderer Name: Friedel Hester. Friedel ist nicht schön, doch hat sie anmutige, grosse Augen, und eine bizarre Linie ziert ihren Mund. Ihr kleines Gesicht beherrscht weder die Mimik der Bühne noch die der grossen Frau. Dem Theater ist sie verfallen, denn auch sie war ja das Kind des einstigen, in kleinen Rollen gealterten Schauspielers Hermann Hester - und so was liegt dann eben im Blut... Ihre Schwester hat ihr in einer guten Laune den Souffleusenposten verschafft, und wenn die Diva eine Note fallen lässt oder ein Wort verpasst, dann sorgt die feine Stimme im kantigen Kasten für den unmerklichen Uebergang.

Wieder ist der Vorhang vor den beifallsrasenden Raum gefallen. Friedel sieht noch die lächelnden Verbeugungen der Schwester, des Kammersängers, des Komponisten und ihres Direktors, als sie hinter die Kulissen in ihr Umkleidezimmer huscht. Sie macht sich hastend zurecht, drückt mit kleinen Bewegungen das Haar in Ordnung; dann nimmt sie den Mantel um und setzt sich nervös. Ihre Schwester wollte für den heutigen Abend die "Kleine" zu einem Souper einladen. Noch nie hat Friedel ein solches Fest erlebt, und sie stellt es sich be- rauschend vor. Da wird es sicher Sekt in hohen Gläsern geben; man wird auf

einer Karte Dinge aussuchen, deren Namen sich nur schwer aussprechen lassen, und sie werden an Neugierigen vorbeigehen, die sagen: "Ah, da ist ja die Hester! Die hat heut' wieder gespielt...."

Aber eine halbe Stunde vergeht, und keine Garderobiere kommt, um ihr Bescheid zu geben. Eilig rast sie über die halbverdunkelten Gänge nach der anderen Seite der Bühne. Auf dem Korridor läuft ihr gerade noch die Friseurin die Arme: "Ah, gut, dass Sie kommen, Fräulein Hester! Ich wollte zu Ihnen rüber und einen Zettel abgeben - wollen Sie ihn selbst vom Schminktisch fortnehmen! Hier ist der Schlüssel. Sie können mir ihn morgen zurückgeben. Auf Wiedersehen!"

Die "Kleine" schliesst auf und findet das Papier: "Liebes! - Ich wurde abgeholt. Es ging nicht anders. Der Direktor und der Komponist - Du weisst schon, gelt? Ein andermal....Carola".

Rings stehen Blumen in Körben und Schalen. Friedels Hand hält die Karte der Schwester, und ein paar Tropfen fallen darauf. Nein, die Friedel ist kein Komponist und kein Direktor. Sie ist nur die Souffleuse, kein Parodiestück für eine Diva!

Noch einmal sieht sie die Karte an und bemerkt, dass auf der anderen Seite auch noch etwas geschrieben ist. Erstaunt entziffert sie eine steile Handschrift: "Ich schreibe Ihnen heute zum zwölften Male. Morgen versuche ich es nicht wieder - dann weiss ich, dass alles Glück an mir vorübergeht. Vielleicht werde ich nicht mehr leben können. Heute will ich noch bis Mitternacht auf Sie im Foyer des Palasthotels warten. Wenn Sie kommen, bin ich glücklich. Auf dem Tische wird eine Chrysantheme stehen. Herbert Mühr."

Am Haken hängt der "alte" Pelz ihrer Schwester. Friedel weiss kaum, dass sie ihren kurzen Mantel abwirft und in den schönen Feh Carolas schlüpft, und wer sie jetzt auf dem Wege zum Bühnenausgang beobachten würde, der müsste denken, dass er einer Nachtwandlerin begegne. Sie ruft ein Taxi an. Fünf Minuten vor Mitternacht entlohnt sie den Chauffeur. Durch die Drehtür sieht sie in der Mitte eine weisse Chrysantheme leuchten. Dann steht mit Verbeugung ein junger Herr vor ihr: "Mühr.- Ich - danke - Ihnen..." - Er mustert sie erstaunt... "Aber diese Ähnlichkeit ist frappierend - entschuldigen Sie, glauben Sie, bitte, nicht, ich wolle meinen Dank zurückziehen! Weil Sie, die ich nicht kenne, gekommen sind, bin ich glücklich. Carola Hester sind Sie nicht..."

Friedel spürt das Blut in den Schläfen. Sie zwingt sich, die Augen in seinen fragenden Blick zu richten. "Nein - verzeihen Sie - sehen Sie, dieser schöne Mantel gehört auch nicht mir. Ich hatte die unbestimmte Vorstellung, dass man hierher nur gehen könne, wenn man so etwas anzieht, und darum nahm ich ihn vom Garderobenhaken meiner Schwester. Ich weiss nicht, weshalb ich überhaupt gekommen bin. Ich las nur durch ein Versehen Ihre Karte..."

Der junge Herr lächelte. Sein Gesicht wirkt beinahe alt durch die kluge Freundlichkeit seiner Miene. "Es ist nur ein Zufall, alles..." sagt er dann. "Ihre Schwester ging vor wenigen Minuten hier vorüber. Sie sah die Blume und erzählte ihren drei Begleitern von meiner Karte. Die nickten und kicherten und sahen mich sehr ironisch an. Darum sass ich hier noch - ich dachte darüber nach, ob man einen Menschen, der sein ganzes Herz geben will, verhöhnen darf."

"Nein," erklärt Friedel zögernd. "Aber vielleicht haben Sie Carolas Worte garnicht verstanden, und alles schien Ihnen nur so. Meine Schwester wollte doch auch heute Abend mit mir fortgehen... aber dann wurde sie durch die Herren vom Theater in Anspruch genommen. Und..." setzt sie leise hinzu... "daran mag es wohl gelegen haben, dass ich mich entschloss, hierher zu gehen. Ich wollte wirklich keine falsche Rolle spielen. Ihre Karte war so verzweifelt. Vielleicht."

"Vielleicht hätte ich mir das Leben genommen."

"Nein, nein, bitte! Aber Sie waren doch sicher sehr traurig. Meine Schwester wäre vermutlich gekommen; nur war heute Premiere; alle quälen sie so mit Einladungen. Das wollte ich Ihnen sagen. Sie dürfen deshalb nicht dem Glück eine Frist stellen."

Erstaunt lässt sie es geschehen, dass Herbert Mühr ihre Hand nimmt. "Ja,"

sagt er, "ist das nun nicht eine Operette des Lebens? Ich schreibe Ihrer Schwester tagelang Briefe - und Sie kommen, um alles zu entschuldigen und mich zu trösten - und ich sehe plötzlich, dass ich Ihnen eigentlich schrieb! Ihre Augen haben mich von der Bühne her durch Ihre Schwester bezaubert; Ihre stille und herzliche Art hat mich hingerissen - aber ich kannte Sie nicht, wusste nicht, dass Sie leben und gut sind, dass Sie der Traum sind. Sie machen verstörte Augen. - Ich darf Ihnen aber doch wohl meinen Irrtum erklären? Darf ich Sie um ein Geschenk bitten? Ich möchte Sie wiedersehen. Nun lassen Sie uns, bitte, unsere neue und junge Freundschaft drüben festlich begehen - wir wollen ein wenig Musik und Lachen und Wein um uns, nicht wahr?" -

So ist es gekommen, dass später die Souffleuse mit der kleinen Stimme und dem zaghaften Herzen eine stille und glückliche Frau geworden ist.

Walter Anatole Persich.

-----  
Fasse Dich kurz!<sup>X</sup>  
-----

SPD. Jedes Mal, wenn ich diese drei Worte in einer öffentlichen Telefonzelle lese, bin ich begeistert. Ich meine immer, das müsste in grossen Lettern als Leuchtschrift an den Himmel geschrieben werden, wie es mit "Persil" bereits geschehen ist! Denn es ist sicher für die Hausfrauen (wie auch für jeden anderen Menschen) ebenso wichtig, sich kurz zu fassen, wie die Wäsche mit Persil zu waschen. Wie herrlich würden wir leben, trotz der schlechten Zeiten, wenn alle Menschen sich die Bedeutung dieser drei Worte klar gemacht hätten; wieviel Zeit würden wir gewinnen, wenn wir uns kurz fassten! Wieviel Ärter würden wir uns gegenseitig ersparen!

Zuerst den Kindern. - Gewiss, es ist nicht schön, dass Hans wieder 9 Fehler in seinem Diktat hat. Aber wenn wir ihm das eindringlich klar gemacht haben, dann ist es die unangenehme Art mancher Eltern und der Erwachsenen überhaupt, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit diese 9 Fehler immer wieder ans Licht zu holen. Hans darf dies nicht, und Hans darf jenes nicht, und alles dreht sich tagelang um die vertrackten 9 Fehler. Wie würden sich die Kinder freuen, wenn sie wüssten, dass sie zwar getadelt werden, wenn's nötig ist, dass aber mit der einmaligen Rüge der Fall erledigt wäre! Sie glauben gar nicht, was das für einen Eindruck auf die diversen Hänse machen würde!! Die würden sich auf die Hosen setzen, stillschweigend, und das nächste Mal höchstens "5 Fehler" machen. "Das ist auch noch zu viel," meinen Sie? Ja, - aber die Rechtschreibung ist doch auch infam schwer! - Hatten Sie in Ihrer Kindheit nie 9 Fehler? (Erinnerung idealisiert leider.) Ich glaube bestimmt; vielleicht sogar gelegentlich mal noch mehr??!

Hat man mal die Kartoffeln anbrennen lassen, dann mag man auch nicht gern wochenlang daran erinnert werden. Sonst passiert es seltsamerweise, dass sie immer wieder anbrennen, so aus einer Wut im Unterbewusstsein heraus; denn der Mensch ist ein sehr kompliziertes Wesen.

Willst Du etwas einkaufen, dann überlege vorher genau, ob Du ein warmes Winterkleid oder Stoff zu neuen Gardinen besorgen willst! Neben Dir stehen Leute, die es wirklich eilig haben, und der Verkäufer kann Dir in einer so verwickelten Angelegenheit auch nicht raten. Er weiss doch nicht, was Du nötiger brauchst: das Kleid oder die Gardinen. Dreh Dich auch nicht lange in den Läden herum, wenn Du am Vormittag um 11 Uhr "schnell" noch etwas zum Mittagessen besorgen willst, das um Punkt 1 Uhr fertig sein soll! Du stiehlst den Leuten nicht die Zeit und ersparst Dir Hast und Aufregung, wenn Du Dir Deinen Einkauf bereits am Tage vorher in Ruhe überlegst!

Willst Du Dich durch einen Brief für irgend etwas bedanken, so ist es besser; Du schreibst schnelle in paar kurze Worte auf eine Karte, als dass

ein langer Brief erst kommt, nachdem garnicht mehr mit ihm gerechnet wurde und er darum auch keine Freude mehr bereitet! Gute Gefühle soll man nicht aufheben wie Konserven; man soll sie spontan äussern, in dem Augenblick, wo sie einem das Herz erfüllen.

Machst Du jemandem berechnete Vorwürfe - wem, ist ganz gleichgültig - dann fasse Dich besonders kurz! Ist es ein Streit mit dem Gatten, dann zähle nicht allen Verdruss vom ersten Tage Deiner (wie ich sicher annehme, sonst so glücklichen) Ehe an auf, sondern halte Dich an die augenblickliche Veranlassung! Sonst verfehlst Du jeden Eindruck und erreichst Deinen Zweck nicht. Und wenn Du ruhig nachdenkst, wirst Du Dir immer ganz im geheimen zugeben, dass der Verdruss, den Du gerade austrägst, eigentlich garnicht die wahre Ursache Deiner Misstimmung ist! Du hast Dich über Dich selbst geärgert und suchst nun nach einem Ventil, denn der Ärger über die eigene geschätzte Person wiegt viel schwerer als der über den lieben Nächsten.

Erzählst Du, wo auch immer, den Inhalt eines Kinostückes oder eines Erlebnisses, dann halte Dich an die Tatsachen und berichte nicht ganz beiläufig noch die Lebensgeschichte der dem Zuhörer gänzlich unbekanntem und uninteressanten Frau X. oder Y., die Dir zufällig in den Sinn kommt!

"Fasse Dich kurz"! - das bedeutet, dass Du Dir selbst klar bist über jedes Wort, das Du sprichst. Das wird Dir Ueberlegenheit, Verständnis den Menschen gegenüber vermitteln, aus dem heraus Du dann auch ihre Schwächen gütig beurteilen lernst und Dir viel Ärger ersparst. Zeit ist kostbar. Wir überlegen uns das nur meistens nicht; gerade dafür fehlt es uns nämlich an Zeit.

Susi Bork.

-----  
"Taktvolle Herzensboten."<sup>x</sup>  
-----

SPD. Dieser Vorfall trug sich kürzlich in Versailles zu.

Man war mitten im Prozess gegen die schöne Lady Owen, die ihre Rivalin hatte erschiessen wollen und (ausnahmsweise) fünf Jahre Zuchthaus dafür bekam.

Rechtsanwalt Torrès plädierte mit Donnerstimme für die Angeklagte.

Rechtsanwalt Campinchi, der Vertreter der Nebenklägerin, machte seine spitzen Zwischenbemerkungen.

Da geschah es.

Die Tür des Schwurgerichtssaales ging auf; ein Gerichtsdienner stürzte herein, bahnte sich einen Weg durch die elegante Zuschauermenge und überreichte den beiden traditionell feindlichen Rechtsanwälten je ein soeben angekommenes dringendes Telegramm.

Maître Torrès unterbrach knurrend seine Rede, entschuldigte sich bei dem Vorsitzenden, riss hastig die Depesche auf - und schleuderte sie in der nächsten Sekunde wutentbrannt zu Boden.

Bei Maître Campinchi beobachtete man die gleichen Gesten, nur durch das weniger temperamentvolle Naturell dieses berühmten Rechtsanwalts um einige Grade gemildert.

Dann ging man zur Tagesordnung über.....

Erst später erfuhren die Neugierigen, was die beiden denkwürdigen Telegramme enthielten. Sie hatten jedes den gleichen Wortlaut.

"Herr Rechtsanwalt", stand darin, "verlassen Sie nach dem Urteil unter keinen Umständen Versailles, ohne die herrlichen Blumenkollektionen, die in unseren Etablissements ausgestellt sind, besichtigt zu haben! Blumen sind taktvolle Herzensboten."

Das mag wohl stimmen. Aber die Reklame der Versailler Blumenhändler war denn doch erheblich weniger taktvoll als ihre herrlichen Herzensboten.

B.M.V.

## Frühling im Büro.x

Die Schreibmaschinen lärmen,  
aber sonst ist es still im Büro.  
Ob die Strahlen der Sonne schon wärmen?  
Oder täuscht das von drinnen nur so ?

Es lärmen die Schreibmaschinen.  
Wir hören das längst nicht mehr.  
Die Chefs geh'n mit eisigen Mienen  
oder mürrischen Blicken umher.

Und wenn in diesen Tagen  
die Häuser von nebenan  
steil - so wie Berge - ragen,  
die nachts wir in Träumen sah'n,

dann werden die Finger schwerer,  
und die Schultern fallen nach vorn.  
Das Herz wird immer leerer,  
und wir denken an Wiesen und Korn.

Das spriesst mit grüngelben Spitzen  
aus Acker und braunfeuchtem Feld:  
wenn wir an unsern Maschinen sitzen,  
durch einen Abgrund getrennt von der Welt.

Maria Gleit.

SPD. Gezeichnete Menschen.<sup>x</sup> Der Kalif Omar II. wollte die sogenannten "Ungläubigen", die von den frommen Mohammedanern Verachteten, also Christen, Juden und solche Personen, die als Zauberer galten, äusserlich kenntlich machen. Deshalb mussten aufgrund eines Erlasses Omars aus dem Jahre 634 die Christen an ihrer Gewandung eine blaue Naht, die Juden eine gelbe, die Zauberer eine schwarze tragen, die deutlich sichtbar war. Die gelbe Naht der Juden hat dann vermutlich dem Papst Innocenz III. ungefähr 6 Jahrhunderte später die Idee eingegeben, die Juden äusserlich zu kennzeichnen durch ein Abzeichen, das man ebenfalls gelb wählte. Diese Verordnung des Papstes Innocenz des Dritten stammt aus dem Jahre 1215. Die Jahrhunderte hindurch beobachtete Verordnung gab dann den Fürsten der verschiedenen Länder die erwünschte Möglichkeit, sich daraus eine Einnahme zu verschaffen. Sie liessen sich diese Verpflichtung von vermögenden Juden abkaufen, sodass diese von der Vorschrift befreit wurden. So liess sich der Preussenkönig Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1713 für 8 000 Reichstaler die Erlaubnis abkaufen, den in Preussen wohnenden Juden das Tragen des Zeichens zu erlassen. Die jüdischen Frauen mussten nach Vorschriften des Salzburger Konzils vom Jahre 1418 klingende Glöckchen tragen, damit man es schon von weitem merkte, wenn eine jüdische Frau kam.

SPD. Ob das etwas hilft?<sup>x</sup> "Sagen Sie, Towarisch, was verlangt denn die Kundschaft in Ihrem Konsumladen am meisten?"

"Das Beschwerdebuch...!"

# Deutscher Reichstag

43. Sitzung vom 16. März 1931.

SPD. Präsident Löbe teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, dass von den Sozialdemokraten ein Antrag eingegangen sei, die Aufforderung zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen und das Waffenverbot strenger durchzuführen. Von den Kommunisten ist ein Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes eingegangen. Beide Anträge, die auf den letzten politischen Mord in Hamburg zurückzuführen sind, werden ohne Widerspruch als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Die 2. Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt. Abg. Lambach (Volkskons.) zieht aus einem Vergleich der deutschen Arbeitslosenzahlen mit denen Englands und Amerikas den Schluss, dass die grosse Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht zurückzuführen sei auf die Besonderheit der deutschen Sozial- und Tarifpolitik oder gar auf mangelnden Arbeitswillen: Wir haben heute in Deutschland neun Millionen Arbeitswillige mehr als vor dem Kriege. Die Ursache der mangelnden Beschäftigungsmöglichkeit ist die grosse Verarmung des deutschen Volkes. Die Frage der hohen Tributlasten an das Ausland ist heute auch zu einem vordringlichen Problem der deutschen Sozialpolitik geworden. Bei der Erwerbslosenfürsorge muss am Versicherungsprinzip festgehalten werden. Der bewegliche Faktor darf nicht die Höhe, sondern muss die Dauer der Leistungen aus der Versicherung sein. Die vom Minister gegen die Zulassung von Ersatzkassen für die Angestellten angeführten Gründe sind nicht stichhaltig.

Abg. Dill (Soz)

betont, dass die disziplinierte Haltung der Arbeiterschaft in dieser harten Zeit vor allem der jahrzehntelangen Erziehungsarbeit der Gewerkschaften zu danken sei. Umso mehr müsse die Arbeiterschaft empört sein, wenn aus purem Machtstreben und aus Hass gegen die Gewerkschaften die Zahl der Arbeitslosen noch durch Aussperrung vermehrt wird. Solche brutale Unternehmerwillkür habe man in der letzten Woche in Bayern erleben müssen. Auf Grund eines Schiedsspruches über sechsprozentigen Lohnabbau, der von den Gewerkschaften angenommen wurde, hätten die bayerischen Metallindustriellen vierzigtausend Arbeiter ausgesperrt (Hört! hört! links) Nicht eine wirtschaftliche Zwangslage, sondern lediglich politische Gründe hätten das Vorgehen der Unternehmer veranlasst. Den Glauben an die Wirtschaftsführer hätten die Arbeiter längst verloren. Der Arbeitsminister müsse dafür sorgen, dass sie nicht auch den Glauben an die Staatsgewalt vollends verlieren.

Abg. Fahrenbach (Ztr) führt aus, die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik sei eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik. Notwendig sei ein besseres Zusammenwirken zwischen Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium und Ernährungsministerium. Während der Dauer der Vakanz im Wirtschaftsministerium könnte vielleicht der Arbeitsminister die Leitung dieses Ministeriums mit übernehmen. Der Reallohn dürfe nicht weiter gesenkt werden, aber notwendig sei eine weitere Senkung der Lebenshaltungskosten durch stärkeren Druck auf die Kartelle und Syndikate. Die Schlichter sollten endlich aus der Warnung des Ministers vor weiterem Lohnabbau praktische Konsequenzen ziehen.

Abg. Janschek (Soz):

Wenn es auch richtig ist, dass bei der Kohle ein Preisabbau der Lohnsenkung vorausgegangen ist, so war das Risiko der Unternehmer nicht gross, denn der Lohnabbau war ihnen bereits zugesichert. Der Lohnanteil am Preis des Produktes war aber vorher schon bis zu dem Betrag von mehr als 1 Mark pro Tonne verringert worden, sodass gar keine Berechtigung zu einem weiteren Lohnabbau bestand. Die Verringerung des Lohnanteils ist die Folge der gewaltig erhöhten Leistungen der Arbeiter. Heute bringen 2 Mann dasselbe Quantum Kohle heraus,

wie 1913 3 Mann. Im Braunkohlenbergbau ist die Steigerung noch grösser. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist daher vollauf gerechtfertigt. Aber die Unternehmer wollen davon nichts wissen. Doch sind gesunde Zustände sonst nicht zu schaffen. Die Arbeitszeit im Bergbau ist viel zu lang. Die technischen Fortschritte werden ohne Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Fluch für die Arbeiterschaft. Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ist dauernd bis auf 600 000 gesunken, der Stillstand aber noch nicht eingetreten. Dadurch gehen ebenso viel Beitragszahler der Knappschaft verloren, die nun mit starken Beitragserhöhungen und Rentenkürzungen den Ausgleich gesucht hat. Die Bergarbeiter zahlen schon um 6 % mehr Pensionsbeiträge, als die anderen Arbeiter. Durch Rentekürzung hat die Knappschaft 15 Millionen erspart. Jede weitere Pensionskürzung, die übrigens eine Verletzung wohlverworbener Rechte der Versicherten ist, muss die Wohlfahrtslasten der Gemeinden steigern. Verschiedene Bürgermeister haben bereits die Einstellung der Wohlfahrtszahlungen angekündigt, da die Gemeinden dazu nicht mehr imstande seien. Wir haben beantragt, die 60 Millionen der Industriebelastung zu Gunsten der Landwirtschaft der Knappschaft zuzuwenden; die Not der Bergleute ist wahrlich nicht geringer, als die der Landwirtschaft.

Die internationale Verständigung über die Arbeitszeit im Bergbau muss rascher und entschiedener betrieben werden. Es ist erfreulich, dass auch Dr. Brau diese Existenznotwendigkeit für den Bergbau anerkannt hat. Die Reichsregierung ersuchen wir, dafür zu sorgen, dass jeder Geanke an eine weitere Kürzung der Bergarbeiterversicherung verschwindet; sie hat nicht mehr viel Vertrauen bei den Bergarbeitern zu verlieren. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Frau Körner (Kom) tadelt die viel zu niedrigen Sätze der Wohlfahrtsunterstützung, besonders auch in Thüringen. Der Naziminister Frick, nach dessen Meinung jede Arbeiterfrau 8 Kinder haben solle, bewillige den Erwerbslosen pro Kind täglich nur 5 Pfennige.

Abg. Karsten (Soz)

lehnt es ab, auf Angriffe der Vörrödnlerin gegen die Sozialdemokratie einzugehen und antwortet den dauernd dazwischen rufenden Kommunisten, dass die Sozialdemokratische Partei alles aufbiete, um die Sozialversicherung auch in der Krise aufrecht zu erhalten. Den Kommunisten geht es nicht um die Sozialversicherung, sondern nur darum, die Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterschaft zu bekämpfen. In einer Zeit besserer Konjunktur werden wir alles tun, um die Sozialversicherung wieder mehr auszubauen. Auch die Unternehmer haben erhebliche Vorteile von der Sozialversicherung, lassen aber jetzt auf die Lohntüten Ausfälle gegen die Sozialversicherung drucken, um die Arbeiterschaft zu verwirren. Würden die Wünsche der Unternehmer erfüllt, so müsste die jetzige durchschnittliche Invalidenrente von 34 Mark im Monat noch reduziert werden, was wiederum die Wohlfahrtslasten der Gemeinden steigern würde. Bei der zweiten Norverordnung haben wir erhebliche Verbesserungen erreicht, so dass ein Teil der versicherten Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Erwerbslosen von der Gebühr für Krankenschein und Arznei befreit worden ist. Wir verlangen, dass diese Gebührenfreiheit auch auf die mit anderen Krankheiten betroffenen erkrankten Angehörigen ausserhalb der Haushalte ausschliesslich auf unseren Antrag beschlossen hat. Eine Ungerechtigkeit ist es auch, dass ohne Entgelt beschäftigte Lehrlinge diese Gebühr bezahlen müssen, während die anderen Lehrlinge davon befreit sind. In der Invalidenversicherung kann noch immer derjenige, der Jahre oder Jahrzehnte seinen Beitrag bezahlt hat, durch ein einziges Versäumnis um den Ertrag seiner Beitragsleistung gebracht werden. Es ist ein unwürdiger Zustand, dass in solchen Fällen Abhilfe nur dadurch geschaffen werden konnte, dass auf sozialdemokratischen Antrag der Reichstag die Regierung ersuchte, die Landesversicherungsanstalt zum Entgegenkommen zu bestimmen. In der Unfallversicherung sind noch eine ganze Reihe Berufskrankheiten in der betreffenden Verordnung nicht enthalten, so die Staublungenkrankheiten der keramischen Industrie, der Granitbergbau, die Sauggebläse-



arbeit und Hautkrankheiten, die durch die Arbeit mit Oel, Terpentin, dem Spritzverfahren usw. entstehen. Diese Leute kann man doch nicht unversichert lassen. Die Verwaltungsreform ist bisher immer nur angekündigt worden. Noch immer haben die Landesregierungen das Recht, Direktoren und sonstige höhere Beamte der Landesversicherungsanstalten auf Kosten der Versicherten zu pensionieren. (Hört! hört! links) Wir werden trotz aller Schimpfereien der Kommunisten uns bemühen, jeden weiteren Abbau der Sozialversicherung zu verhindern und sobald die Möglichkeit zum Ausbau gegeben ist, ihn zu bewerkstelligen.

Abg. Bernhard (Soz)

polemisiert gegen Ausführungen des Wirtschaftsparteilers Hermann: Wenn die Lehrlinge zum Objekt des Arbeitskampfes gemacht worden sind, so ist das die Schuld solcher Handwerksmeister, die den Lehrling ausnutzen und ihn sofort nach Beendigung der Lehrzeit auf die Strasse werfen. Die Gewerkschaften lehnen ein Zusammenwirken mit den Innungen und Handwerkskammern nicht ab, verlangen aber, dass der Lehrling nicht zum Ausbeutungsobjekt gemacht wird. Die Gewerkschaften haben selbst ein Interesse an der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses, und wir lehnen eine Arbeitsordnung keineswegs ab, aber sie muss auch brauchbar sein. Das Baugewerbe leidet ganz besonders unter der Krise. Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Deutschen Baugewerksbund ist von 29 % im Durchschnitt von 1929 auf 47,6 % in 1930 gestiegen. (Hört! hört!) Mit dem Nebengewerbe, wie Transportgewerbe usw. leben 10 Millionen Menschen von der Bauindustrie. Der Ausfall an Aufträgen im Jahre 1930 gegenüber 1929 beläuft sich auf rund 1 Milliarde Mark, die Arbeitslosigkeit umfasst 60 %. Dabei ist der Wohnungsbau dringend, die Wohnungsnot ist noch immer sehr gross. Etwa 700 000 Familien sind ohne eigene Wohnung. Nur gesunde Wohnungen können die Arbeitskraft erhalten; wir müssen die Arbeiter aus den Kellerhöhlen herausbringen. Das ist eine volkswirtschaftlich wertvolle Tat. An Baustoffen fehlt es nicht, aber an Kapital. Die Banken haben gute Geschäfte gemacht. Wenn jetzt viele Wohnungen leer stehen, so ist daran nicht der Mangel an Mietern, sondern der hohe Mietzins schuld. Rechnet man die Herstellung einer Neubauwohnung mit 7 000 Reichsmark, so beträgt bei der Finanzierung mit Hauszinssteuermitteln der Zins 393 Mark, ohne diese Mittel 651 Mark. Allein mit privaten Mitteln kann also nicht gebaut werden. Die Kapitalisten verschieben ihr Geld. Wohin wären wir gekommen, wenn der Staat nicht in die Wohnungswirtschaft eingegriffen hätte? Eine freie Wohnungswirtschaft, wie sie war, darf niemals wiederkehren. Das A und O des Wohnungsbaues ist die Finanzfrage; die Wohnungsausstattung ist heute viel besser, man kann den Mietzins nicht ohne weiteres mit dem von 1914 vergleichen. Wir setzen unsere Hoffnung auf den Reichsarbeitsminister. Die Bauarbeiterlöhne dürfen allerdings nicht noch weiter herabgesetzt werden, wenn die Arbeiter überhaupt noch weiterleben sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Abbau der Bauarbeiterlöhne nicht zur Verbesserung der Baukonjunktur und zur Ankurbelung der Wirtschaft geführt hat. Mandarf nicht nur die Stundenlöhne ansehen, sondern muss den Jahresdurchschnittslohn berechnen, und dann ist die Statistik des Herrn Freybe falsch. Der Arbeitsminister muss dafür sorgen, dass die Baukosten und namentlich die Preisgestaltung der Baustoffe richtig gemessen werden. Denn darin liegt vor allem die Verteuerung des Wohnungsbaues. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Thesen (Kom) bekämpft die freien und die christlichen Bergarbeiterverbände wegen ihrer Haltung zum Lohnabbau und behauptet, dass 40 Mann Schlackenträger durch 48 Stunden Streik unter Führung der RGO Lohnerhöhung ertrotzt hätten. Die sozialdemokratische Presse und Zentrumsblätter beschuldigt er, einen neuen Generalangriff der Nordwestgruppe totzuschweigen.

Abg. Trossmann (Bayer. Vp.) hofft auf Frühlensschluss im bayerischen Metallkonflikt und verbreitet sich über Wohnungsbau und Siedlungswesen. Bei der Zuweisung von Hauszinssteuerhypotheken dürfe man die Wohnungsgrösse nicht zu schematisch beurteilen. Den Kinderreichen müssten ausreichende Wohnungen be-

schaftt werden. Unter den jetzigen Wohnungsgesetzen werde sich das Privatkapital kaum am Wohnungsbau beteiligen.

Abg. Biester (Soz):

Den Wall von Leibern im Osten kann man bei der Grösse des Gebietes und der Beschränktheit der Mittel nicht durch Bauernsiedlung allein herstellen; im Osten sind aber Millionen von Landarbeitern, die gerndort bleiben und nicht abwandern würden, wenn sie ausreichende und gut bezahlte Arbeit bei zufriedenstellenden Wohnungsverhältnissen hätten. Die Regierung hat in den letzten Jahren viel getan, aber noch immer arbeiten Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften gegeneinander. Ein Einheitsplan muss aufgestellt werden. So geht es auch nicht, dass man Landarbeiter ansiedelt, nachher aber das Gut parzelliert und die Landarbeiter dann in ihren guten Wohnungen ohne Erwerb dasitzen. Die hier beschlossenen Richtlinien werden von den Siedlungsgesellschaften noch immer nicht beachtet. Die wichtigste Voraussetzung ist vermehrte Arbeitsgelegenheit, denn sonst führt die Siedlung nur zu vermehrten Soziallasten. Durch verzögerte Auslieferung der hohen Zwischenkredite wird verursacht, dass der Siedler das Mass seiner Lasten und seiner Verantwortung nicht kennt. Die Siedlung darf auch nicht zur Versorgung für verkrachte Gutsbesitzer werden. Nicht darauf kommt es an, dass - wie Herr von Gayl sagt - angemessene Preise für das Land bezahlt werden, sondern dass der Siedler schnell und ordentlich mit gutem Land versehen wird. Beim Osthilfegesetz werden wir uns die Siedlungsbestimmungen sehr genau ansehen. Nötigenfalls darf man auch vor einer Sperre nicht zurückschrecken, wenn die Siedlungsgesellschaften der Regierung offen Schwierigkeiten bereiten. Die Gruppensiedlungen müssen einfach und zweckmässig ohne Luxus sein, nicht die Siedlungsgesellschaft, sondernder Siedler ist in den Mittelpunkt zu stellen. Versuche mit Genossenschafts- und Fachsiedlungen sollten gemacht werden. Verwerflich ist es auch, wenn man vom Siedler verlangt, dass er das nötige Geld mitbringen solle. Massgebend muss innerster Reihe die siedlerische Qualität sein. Die Siedlung soll dem selbstwirtschaftenden Bauerstand und einer selbstbewussten gut bezahlten und auf hoher Stufe stehenden Landarbeiterschaft Heimstatt sein. Dann wird sie zum Nutzen des ganzen Reiches ausschlagen. (Lebh. Beifall)

Abg. Winnefeld (DV) bespricht die Sanierung der Knappschaft. Ein Zuschlag zu den Kohlenpreisen kann dafür nicht in Frage kommen. - Der Hakenkreuzler Börger hat hier den Bergwerksdirektor Kesten zu Unrecht angegriffen. Der Onkel und frühere Vormund des Abg. Börger hat 2 Tage vor dieser Reichstagsrede die Behauptungen seines Neffen brieflich als "schmutzigen Angriff" gekennzeichnet. (Hört! Hört!)

Abg. Lemmer (Staatsp.) verlangt, dass endlich auch die deutsche Sprache offiziell beim Genfer Arbeitsamt zugelassen werde. Die gesunde Idee der Arbeitsgemeinschaft wird durch den Generalangriff der Unternehmer gegen die Sozialpolitik und die Löhne gefährdet.

Um 18 Uhr wird die Debatte abgebrochen, und das Genfer Handelsabkommen in dritter Beratung erledigt. Zum Wort ist allein Abg. Graf Westarp (Volkskons.) gemeldet, aber nicht anwesend. - Zur Abstimmung appelliert

Abg. Hemeter (Landvolk) an die nicht landwirtschaftsgegnerischen Parteien, das Abkommen zu verwerfen.

Abg. Frau Sender (Soz) weist es auf das Allerentschiedenste zurück, wenn der Vorredner etwa die Sozialdemokratische Partei als Landwirtschaftsgegner habe bezeichnen wollen. Keiner von uns, so fährt die Rednerin fort, ist gewählt worden, um die Interessen einer einzelnen Volksschicht oder einzelnen Berufsstandes zu vertreten, sondern wir alle sind da, um die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen.

Abg. Graf Westarp (Volkskons.) gibt eine ablehnende Erklärung ab.

Abg. Schneider-Dresden (Volksp.) erklärt, die Zustimmung seiner Freunde

zum Abkommen bedeute nicht die Billigung der deutschen Regierungserklärung in Genf.

Das Abkommen wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 106 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Dafür haben gestimmt die Kommunisten, Sozialdemokraten, die Staatspartei, ein Teil des Zentrums und ein Teil der Deutschen Volkspartei.

Es folgt dann die Beratung des nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Antrags Dr. Breitscheid (Soz.):

" Der Reichstag spricht seinen Abscheu gegen die politische Mordhetze aus, die immer wieder zu politischen Bluttaten führt. Die Reichsregierung wird ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit bietet, die Aufforderung zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Affen und mit Munition bringt. "

Verbunden mit der Beratung ist der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes.

Abg. Sollmann (Soz.)

In keinem Land der Welt sind politische Mordtaten so häufig wie in Deutschland. Was sich abspielt, ist eine Schmach für die deutsche Kultur. (Erregte Zurufe bei den Komm.) Wir beklagen alle Opfer, wir verurteilen alle Täter, gleich, welcher Partei sie angehören. In den letzten Tagen haben die politischen Morde einen Gipfelpunkt erreicht. In Hamburg wurde ein sozialdemokratischer Polizeibeamter, im Dienst von Nationalsozialisten niedergeschossen. In Hamburg wurde ein kommunistischer Abgeordneter von Nationalsozialisten ermordet. (Dauernde stürmische Unterbrechungen durch die Komm.) Meine Herren, Ihre Nervenanfalle werden auf die deutschen Arbeiter, die erwarten, dass die Front gegen die politischen Mörder gerichtet wird, einen schlechten Eindruck machen. (Zustimmung) Das alles hat mit Politik nichts zu tun. Das ist die Bestialität von Verbrechern oder Verrückten. (Beifall bei den Soz. - Dauernde Unterbrechungen durch die Komm., die immer wieder "Bluthunde", "Noske, Severing, Zörgiebel usw. rufen. Diese Unterbrechungen und Beschimpfungen setzen sich während der ganzen Rede fast hinter jedem Satze fort). Das Blatt des Herrn Reichstagsabgeordneten z.D. (Heiterkeit) Dr. Coebbels bringt den Bericht über die Hamburger Bluttat unter der Überschrift "Eine Eifersuchtstat". Dieser Versuch, die Verantwortung der Nationalsozialisten zu leugnen, wird durch eine parteiamtliche Erklärung des Gaues Hamburg der NSDAP widerlegt. Diese erklärt, dass die Täter Mitglieder der Partei sind und erst nach dem Morde ausgeschlossen wurden. Dieselbe Erklärung spricht von einer Tat politischer Lockspitzel, gibt also selbst durch diese Lüge den politischen Charakter des Verbrechens zu. Die Widersprüche zeigen die Verlegenheit der Nationalsozialisten. Tatsache ist, dass durch die Hamburger Mordtaten für jedermann sichtbar die blutige Mörderfratze des internationalen Faschismus enthüllt worden ist. (Händeklatschen bei den Soz.) Diese Mordtaten sind nicht der Not entsprungen. Die wirklich notleidenden Schichten in Deutschland halten eine bewundernswerte Disziplin, die (zu den Komm.) manchen Führern ein Vorbild sein könnte. Schuldig sind alle, die politische Ziele nur mit Gewalt, nur durch den Bürgerkrieg zu erreichen suchen. Schuldig sind alle, die dem politischen Gegner als böswilligen und ehrlosen Menschen beschimpfen. Schuldig sind alle, die die Freiheit der Demokratie durch ihre Unreife und Rohheit gefährden. (Toben der Komm.) Schuldig sind alle, die den Terror als politisches Kampfmittel organisieren. Kein Mord und keine Morddrohung wird uns Sozialdemokraten hindern, frei unserer Überzeugung zu leben, und Politik nur nach unserer Einsicht zu betreiben. Wir

verabscheuen den Terror, aber wir haben vor den Terroristen keine Furcht. (Zustimmung) Wir werden Banditen und Totschläger aus dem politischen Leben zu entfernen wissen. Mir ist bekannt, dass an der deutsch-belgischen Grenze ein lebhafter Schmuggel mit Schusswaffen nach Deutschland betrieben wird. (Hört! Hört!) Auch in Mitteldeutschland gibt es starken Schleichhandel mit Revolvern. (Hört! Hört!) Die Staatsgewalt muss ihre Wachsamkeit und ihre Energie verdoppeln.

Den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes lehnen wir ab. In einer so gespannten Situation ist die Aufhebung von Verboten gegen erklärt staatsfeindliche Organisationen nicht zu verantworten. Wir wollen keine Gesetzgebung ab irato, sondern gewissenhafte und besonnene Prüfung. Den politischen Mördern und intellektuellen Urhebern muss das Handwerk gelegt werden. Der Reichstag muss zeigen, dass er die Freiheit jeder politischen Ueberzeugung gegen den Terror zu schützen entschlossen ist. (Händeklatschen bei den Soz.)

Abg. Lohagen (Komm.) behauptet, dass die Mordfaschisten von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gefördert und bewaffnet werden. Die Arbeiter werden sich nicht mehr niederschlagen lassen, sie werden antworten. Die erschossenen Kommunisten sind die schärfste Anklage gegen die Regierung Brüning und den Minister Dr. Wirth, dessen Kampf gegen den "Kulturbolschewismus" legalisierter Arbeitermord ist, (Händeklatschen der Komm.-Ordnungsruf) und brutalste Klassenjustiz. (Ein Kommunist wird wegen des Rufes "Mörderregierung" zur Ordnung gerufen). Der Redner nennt Noske, Scheidemann, Severing, Zörgiebel, Hörsing und a.m. Väter des Faschismus. (Der Kommunist Heckert bezeichnet ergänzend diese Persönlichkeiten als Mörder und wird zur Ordnung gerufen, ebenso mehrere seiner Genossen). Dem Innenminister Dr. Wirth sagt Lohagen nach, "feige Worte" gesprochen zu haben, die auf dem Grund "seiner bürgerlichen Unkultur" erwachsen seien. In ebensolcher Art beschimpft er die Sozialdemokraten. Severing habe den Rotfrontkämpferbund verboten, weil dieser gegen Versailles und Reparation gekämpft habe; die "sozialdemokratischen Henker" arbeiteten mit denen Hitlers zusammen usw.

Als der Redner schliesslich den Hamburger Polizeipräsidenten Schönfelder, sowie Grzesinski und Severing als Innungsmeister des faschistischen Bluthandwerks bezeichnet, entzieht Vizepräsident Esser dem Redner das Wort. Dieser spricht auf Zuruf seiner Fraktion weiter, trotz mehrfacher Aufforderungen des Präsidenten, abzutreten. - Vizepräsident Esser verlässt schliesslich seinen Platz womit die Sitzung unterbrochen ist. - Lohagen redet weiter, am Schluss singen die Kommunisten die Internationale und rufen dreimal "Rotfront" mit entsprechenden Handbewegungen. - Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Lohagen auf 30 Tage zu der laufenden Sitzungsreihe ausgeschlossen. (Pfeif-Rufe und Lärm der Komm.) Allen weiteren Störungen von Ihrer Seite (zu den Komm.) werde ich mit allen geschäftsordnungsmässigen Mitteln entgegentreten.

Abg. Hennes (Chrsoz.) erinnert daran, dass im vorigen Jahr 300 Menschen in Deutschland durch Bluttaten ihr Leben verloren haben. - Abg. Geschke (Komm.): Nach dem Rathenau-Mord rief Dr. Wirth "Der Feind steht rechts!". Das Republikschutzgesetz wurde erlassen. Durch die Art seiner Anwendung wurde die Bahn freigegeben für die Mordbanden Hitlers. Den sozialdemokratischen Antrag nennt er eine Heuchelei zur Ablenkung vom Panzerkreuzer, zur Förderung des Faschismus und zur Knebelung des Befreiungskampfes! - Abg. Döbrich (Landvolk): Die bestehenden Gesetze genügen, wenn sie rücksichtslos gegen jeden Zuwiderhandelnden angewendet werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen, der kommunistische abgelehnt. Gegen 19½ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 12 Uhr.